Dokumentation

Der Nazi-Pogrom in Magdeburg

am "Himmelfahrtstag" im Mai 1994

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Aus dem Inhalt

- Rassistische Hetzjagd auf Menschen schwarzer Hautfarbe
- Demonstrationen gegen den Nazi-Pogrom
  Solidarität mit den Opfern
- Die bürgerlichen Medien verharmlosen den Nazi-Terror
- Staatsapparat und Nazis Hand in Hand
  Die bürgerliche Justiz schont die Nazis und läßt die rassistischen Taten der Polizei völlig ungestraft
  Zur Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Nazis

Letzte Meldung: Juni 1995

Gericht spricht Polizist "mangels Beweisen" frei von der Anklage der Mißhandlung eines kurdischen Flüchtlings während dem Pogrom

BR-A4

Zusammengestellt durch: Buchladen Georgi Dimitroff DM 2,50

Vorwort

* 12.Mai 1994 - in Magdeburg marschieren 150 Nazis auf und terrorisieren praktisch ungestört den ganzen Tag lang Menschen aus anderen Ländern. Gezielt machten sie Jagd auf Menschen mit schwarzer Hautfarbe, die sie durch die Straße hetzten. Nur die mutige Gegenwehr einiger Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei verhinderten den öffentlichen Totschlag - unter den Augen der Polizei und Massen von Schaulustigen. Dieser Terror erinnert stark an die Ereignisse Hoyerswerda, Rostock und Mannheim-Schönau. In Mannheim wurden vor kurzem alle, gegen die ein Strafverfahren eingeleitet worden war, freigesprochen - in Magdeburg wurde nur ein kleiner Teil der bekannten Täter überhaupt angeklagt. Und je länger der Pogrom zurücklag, mit um so mehr Milde sprach die Justiz ihre Urteile und die meisten Täter blieben auf freiem Fuß.

* Nur als knappe Meldung wurde in den bürgerlichen Medien Anfang Dezember 1994 bekanntgegeben, daß der Nazi-Terror von Magdeburg ein Opfer zu beklagen hat. *Farid Boukhit* aus Algerien starb bereits im September 1994 an den Spätfolgen seiner Verletzungen, vom Naziüberfall am Himmelfahrtstag.

* Mai 1995 - der Pogrom von Magdeburg soll in Vergessenheit geraten oder als "die Tat einzelner" heruntergespielt werden. Am "Himmelfahrtstag" 1995 - ein Jahr nach dem Pogrom heucheln Vertreter von Behörden und bürgerlichen Parteien Mitleid und veranstalten ein "Festival gegen Gewalt und Ausgrenzung" unter der Schirmherrschaft der Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt und Hessen. Sie verleugnen, daß es sich um ein Pogrom handelte und daß dies nur durch Duldung der Polizei gegenüber den Nazis und durch polizeiliches Vorgehen gegen die sich zur Wehr setzenden Flüchtlinge und Nazigegnerinen und Nazigegner in diesem Ausmaß möglich wurde.

* Juni 1995 - die Justiz spricht den einzig angeklagten Polizisten von Magdeburg frei vom Vorwurf der Mißhandlung eines Kurden aus dem Irak. In dieser Dokumentation wird gezeigt, wie offen die Zusammenarbeit von Polizei und Nazis erfolgte, wie Flüchtlinge und Nazigegnerinnen und -gegner, sobald sie dem Naziterror entronnen waren oder diesen zurückgeschlagen hatten - von der Polizei festgenommen, schikaniert, verprügelt und mißhandelt wurden. Das Gericht leugnet diese offenkundigen Tatsachen bzw. ignoriert sie bewußt, da es sich ja um die "Ehre der deutschen Beamten" handelt und demgegenüber stehen ja schließlich "nur" sogenannte "Asylanten".

Die Polizei in Deutschland geht gezielt und auch willkürlich gegen Menschen aus anderen Ländern, gegen Sinti und Roma vor, diskriminiert, schikaniert sie, schleppt sie mit auf die Wache, verprügelt und mißhandelt sie, bis hin zu Methoden der Folter. Die bürgerlichen Gerichte sprechen der Polizei dafür die Verantwortung ab, leugnen diese Wahrheit, die nicht erst mit dem Bericht von amnesty international öffentlich bekannt wurde. Rassistischer Terror von Polizei und Behörden soll als "normal" gelten, so wie Behördensprecher den Pogrom von Magdeburg als "Randerscheinung" ad acta legen wollten.

Die braune Pest geht von diesem Staate aus!
Kampf gegen Rassismus und Chauvinismus!

Rassistische Hetzjagd auf Menschen anderer Hautfarbe und das Zusammenspiel von Nazis und Polizei

Am Donnerstag, den 12.5.94, Himmelfahrtstag und Vatertag, veranstalteten Nazis in Magdeburg eine rassistische Hetzjagd, die an SA-Zeiten erinnerte. Wie Freiwild jagten sie Menschen anderer Hautfarbe am hellen Tag durch die stark bevölkerte Innenstadt und prügelten auf sie ein. "Sieg Heil" grölend, den Arm zum Hitlergruß ausgestreckt, laufen Nazis unbehelligt durch die Magdeburger Innenstadt. Mindestens 150 Nazis beherrschten an diesem Tag die Innenstadt von Magdeburg und konnten sieben Stunden lang fast ungehindert Menschen aus anderen Ländern, vor allem Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten, aber auch einen deutschen Behinderten überfallen und körperlich mißhandeln. Der Vatertag, auch "Herrentag" genannt, und in der Tat wurde es ein Herrentag ganz im Geiste des deutschen Herrenmenschentums. Die bürgerliche Presse verharmlost und entpolitisiert die Täter, indem sie vermeidet von Nazitätern zu sprechen, stattdessen ist die Rede von Randalierern, Hooligans und Skins.

Hetzjagd der Nazis auf afrikanische Flüchtlinge und Angriffe auf ihre Beschützer aus der Marietta-Bar

Begonnen hatte alles, als kurz nach 15 Uhr eine Truppe von 50-60 Nazis aus einer Straßenbahn ausstieg und den "Zentralen Platz" stürmte. Die Parkanlage ist Treffpunkt in der Innenstadt von Menschen vieler Nationalitäten, insbesondere von Flüchtlinen aus anderen Ländern. Diese flohen in alle Himmelsrichtungen. Die Nazis pöbelten eine Gruppe von afrikanischen Flüchtlingen mit rassistischen Parolen an, und als Kafandu, David und seine Begleiter sich weigerten, den Platz zu verlassen, griffen die Nazis an und trieben sie u.a. mit Baseballschlägern bewaffnet durch die dichtbevölkerte Fußgängerzone der Innenstadt zum Alten Markt. Die Verfolgten erhalten mutige Unterstützung durch Kollegen aus der Türkei, als sie in die Marietta-Bar fliehen, einem türkischen Eiscafe mit einer angrenzenden Döner Kebap Imbißstube. Der 19jährige Kellner Ali Bastumar verrammelte sofort die Eingangstür und brachte die von den Nazis Verfolgten in Sicherheit. Kurz darauf stürmten etwa 50 Nazis das Eiscafe von Arap Dezbay, in dem 100 Gäste saßen. Sie brüllten "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus". Mit Holzlatten, Messern und Baseballschlägern bewaffnet schlugen sie die Schaufensterscheiben ein, prügelten Gäste und Angestellte und demolierten die Einrichtung. Danach griffen sie das Döner Kebab Lokal an, indem sie mit den draußen stehenden Holzbänken die Glasfront zertrümmerten und das überwiegend türkische Personal bedrohten. Dieses setzte sich mit Messern gegen die Angreifer zur Wehr.
(TAZ, Junge Welt, Sächsische Zeitung und Bild, 14.5.94; Stern Nr.21/1994; u.a.)

Die Polizei schaut den Nazis erst tatenlos zu und greift ein, sobald die Verfolgten Unterstützung erhalten und sich zur Wehr setzen

Ein Gaststättenbesitzer aus der Türkei hatte bereits frühzeitig das Polizeirevier Mitte angerufen und mitgeteilt, daß sich etwas zusammenbraue. Es kam aber keine Reaktion von den Beamten.

Polizisten hatten aus ihrem Wagen heraus den Sturmlauf der Nazis auf dem "Zentralen Platz" beobachtet ohne einzugreifen. Augenzeugen haben beobachtet, daß die Polizei nicht nur tatenlos zusah, sondern die angegriffenen Afrikaner mit in die Höhe gerecktem Mittelfinger verhöhnte. Damit signalisierte sie ihre Sympathie mit den Nazis und ermutigte sie zu weiterem und schlimmerem Treiben.

Erst als das türkische Personal aus der Döner Kebab Imbißstube mit Messern zur konsequenten Selbsthilfe gegen die Nazis griff, fuhren 10 Polizeiwagen vor, 20 Minuten nach einem Hilferuf aus der Marietta-Bar.

Anstatt die Nazis zu stoppen, gingen sie auf die Angegriffenen los. Haydar Bastumer, Pächter der Marietta-Bar, und sein Bruder Ali, die sich gegen die Nazis gewehrt hatten, wurden gefesselt abgeführt. Metin Tedic aus der Türkei wurde vor dem "Marietta" von der Polizei in Handschellen festgenommen, während ihn Nazis bespuckten und schlugen. Polizisten knebelten einen Mann aus der Türkei, der seinem zu Unrecht festgenommenen Kollegen helfen wollte.

Ein türkischer Kellner der Marietta-Bar, der die Afrikaner mit einem Messer verteidigen wollte, wurde von einem Polizisten entwaffnet und zu Boden geworfen. Gleichzeitig schlugen Nazis auf den am Boden Liegenden ein. Der Polizist ließ die Arme des Mannes dennoch nicht los, so daß er den Schlägen und Tritten hilflos ausgeliefert war.
(TAZ, 14.5.94 und 16.5.94; Junge Welt, 14.5.94; Mitteldeutsche Zeitung, 17.5.94; Poliische Berichte, Nr.10/1994; Stern Nr.21-1994; u.a.)

Auch beim zweiten rassistischen Angriff arbeiten Nazis und Polizei systematisch Hand in Hand

Eine Stunde später, gegen 16 Uhr, vor dem Kaufhaus Karstadt und dem gegenüberliegenden MacDonalds: Die Nazis griffen mit gesammelten Kräften und fortwährendem Rufen von Nazi-Parolen ungehindert eine Gruppe von 20 afrikanischen Flüchtlingen an. Die Flüchtlinge waren aus dem Asyllager im Magdeburger Stadtteil Cracau, das 5 Straßenbahnstationen von der Innenstadt entfernt liegt, zur Hilfe geeilt und hatten sich teilweise mit Stangen und Latten bewaffnet. Drei von ihnen wurden von den Nazis brutal zusammengeschlagen.

Wieder griff die Polizei erst viel zu spät ein und mit zu geringen Einsatzkräften, da ein Großteil von ihnen nämlich schon wieder abgezogen worden war. Anstatt die Flüchtlinge zu beschützen und die Angreifer festzunehmen, entwaffneten sie die 20 Verfolgten. Als sich einer der Überfallenen mit einem Messer gegen fünf Nazis zur Wehr setzte, nahm die Polizei nicht die fünf Nazis fest, sondern führte den von den Nazis verfolgten in Handschellen ab.
(TAZ, Junge Welt, Sächsische Zeitung, Leipziger Volkszeitung, 14.5.94; FAZ, 19.5.94 u.a.)

Viele deutsche Passanten zeigen unverhohlen ihre Sympathie mit den Nazis bei der "Jagd auf schwarzafrikanische Flüchtlinge"

Die Marietta-Bar war für die von den Nazis Gehetzten Kafandu, David und ihre drei Freunde die letzte Rettung gewesen, denn von den vielen Spaziergängern in der Innenstadt war ihnen niemand zur Hilfe gekommen. Ein Taxifahrer verwehrte einem der verfolgten Afrikaner, in sein Taxi einzusteigen, und überließ ihn dem Nazi-Mob. Daß von der Polizei kaum Hilfe zu erwarten war, wurde den Opfern schnell klar. Das mutige Eingreifen und die konsequente bewaffnete Gegenwehr des vor allem türkischen Personals der Marietta-Bar, die ihnen in höchster Not beistanden, verhinderte in diesem Fall ein Blutbad auf offener Straße.

Während des ganzen Nachmittages tummelten sich haufenweise Schaulustige in der Innenstadt von Magdeburg und schauten tatenlos zu, wie Menschen von einer Horde Nazis stundenlang brutal attackiert wurden. Sogar Eltern mit ihren kleinen Kindern kamen, um sensationshungrig das "Feiertags-Spektakel" aus sicherer Entfernung anzusehen.

Die rassistische Stimmung in der deutschen Magdeburger Bevölkerung kommt in der Aussage eines älteren Ehepaares, einen Tag nach dem Pogrom, zum Ausdruck:

"Da waren unsere und die Dunkeln. Die Dunklen, die Schwarzen, wissen sie, hatten Stöcke und Messer und Knaller. Und dann haben sie furchtbarn Lärm gemacht. Ausländer rein, Deutsche raus, haben sie geschrien. Das geht doch zu weit."
Und weiter: "Hier gibt es viel zu viele Ausländer. Die machen einem das Leben zur Hölle. So frech, wie die sind. Liegen einfach faul im Park herum und gehen nicht weg, wenn man es ihnen befiehlt."

Ein Magdeburger Schutzpolizist sagte einige Tage nach dem Vatertag ganz offen
"Wir sind nicht rechts, aber wir haben was gegen Ausländer".
(Hannoversche Allgemeine Zeitung, 14.5.94; TAZ, 16.5.94; Magdeburger Volksstimme, 18.5.94; Stern Nr.21/1994)

Erst zwei Stunden nach den ersten Überfällen wurden Haupteinsatzkräfte der Polizei aus dem Umland nach Magedeburg abgezogen. Die mittlerweile rund 150 Nazis regierten stundenlang die Innenstadt, unterstützt von Mitläufern aus der Bevölkerung. Am Abend wurde die gesamte Innenstadt von der Polizei hermetisch abgeriegelt. Antifaschisten und Asylsuchende, die ihren Freunden zur Hilfe kommen wollten, wurden abgefangen. (TAZ, 14.5.94; Neue Zeit, 18.5.94)

Der Angriff der Nazis auf das Restaurant "Die Kugelblitze" trifft auf massive Gegenwehr

Am Restaurant im Kabarett "Die Kugelblitze" erreichte der Nazi-Terror zwischen 20 und 21 Uhr einen dritten Höhepunkt. Der Gastwirt Frank Schönemann berichtet: In seiner Küche arbeiten einige Ägypter und Italiener. Gegen 20 Uhr erschienen 3 Nazis am Hintereingang seines Restaurants und begannen zu provozieren. Nachdem das Personal die Türen verschlossen hatte, holten die Nazis Verstärkung und griffen mit einer Horde von 40-50 das Restaurant an, indem sie zunächst Scheiben zertrümmerten und die Terasse kaputt schlugen. Dann drangen sie gewaltsam in die Hinterräume ein. Während sich das Personal mit allen greifbaren Gegenständen verteidigte, stand die Polizei tatenlos vor dem Restaurant und schaute zu. 18 Minuten lang nahm keiner den polizeilichen Notruf ab, erst später, als die Alarmanlage des Restaurant ausgelöst wurde, reagierte die Polizei. Der Inhaber griff ebenfalls zur Selbsthilfe und holte 15 Angestellte aus seinem zweiten Lokal, um die "Kugelblitze" zu verteidigen. Als er mit seiner Gruppe ankam, stürzte sich die Polizei auf diese. Seine Angestellten wurden an die Wand gestellt und mit Gummiknüppeln geschlagen. Ihre Identität wurde festgestellt, manche wurden willkürlich verhaftet. Etwa 40 Polizisten waren an diesem Übergriff beteiligt. Die Täter ließ die Polizei abziehen. Frank Schönemann will Strafantrag gegen die Polizei stellen wegen unterlassener Hilfeleistung, Amtsmißbrauch und Körperverletzung.
(FR, 19.5.94; Leipziger Volkszeitung, 14.5.94 und 19.5.94; Freitag Mai 94; u.a.)

Neben dem Terror gegen Menschen aus anderen Ländern ereigneten sich abends gegen 20 Uhr weitere schwere Übergriffe von Nazis gegen "unliebsame" Deutsche: Ein Behinderter wurde aus einer Straßenbahn geworfen und verletzt. Ein Passant wurde auf der Straße überfallen und schwer verletzt. (Polizeibericht lt. FAZ, 19.5.94)

1 Jahr nach dem Pogrom

Es findet ein "Festival gegen Gewalt und Ausgrenzung" statt unter der Schirmherrschaft der Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt und Hessen. Sie verleugnen in ihrem Aufruf, daß es sich um ein Pogrom handelte und daß dies nur durch Duldung der Polizei gegenüber den Nazis und durch polizeiliches Vorgehen gegen die sich zur Wehr setzenden Flüchtlinge und Nazigegnerinen und Nazigegner in diesem Ausmaß möglich wurde. Sie verleugnen daß, daß in aller Öffentlichkeit, unter Zustimmung oder zumindest Tatenlosigkeit eines Großteils der deutschen Bevölkerung auf der Straße stattfinden konnte, wenn sie behaupten, daß Terror "von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung nicht mitgetragen" wird. (zitiert nach: "iniyatif gegen Rassismus und Faschismus" Nr. 8/S. 10) Es geht wieder einmal um 'das Bild Deutschlands im Ausland' wenn gesagt wird: "Bilder über Menschenwürde und -rechte" sollen "über die Grenzen Deutschlands hinausgehen". (siehe FR 20.5.95)

Daß am Rande der Veranstaltungen Nazis provozierten und rassistische Angriffe starteten dies wird in den bürgerlichen Medien nicht oder höchstens am Rande erwähnt, soll ungeschehen bleiben.

26.5.

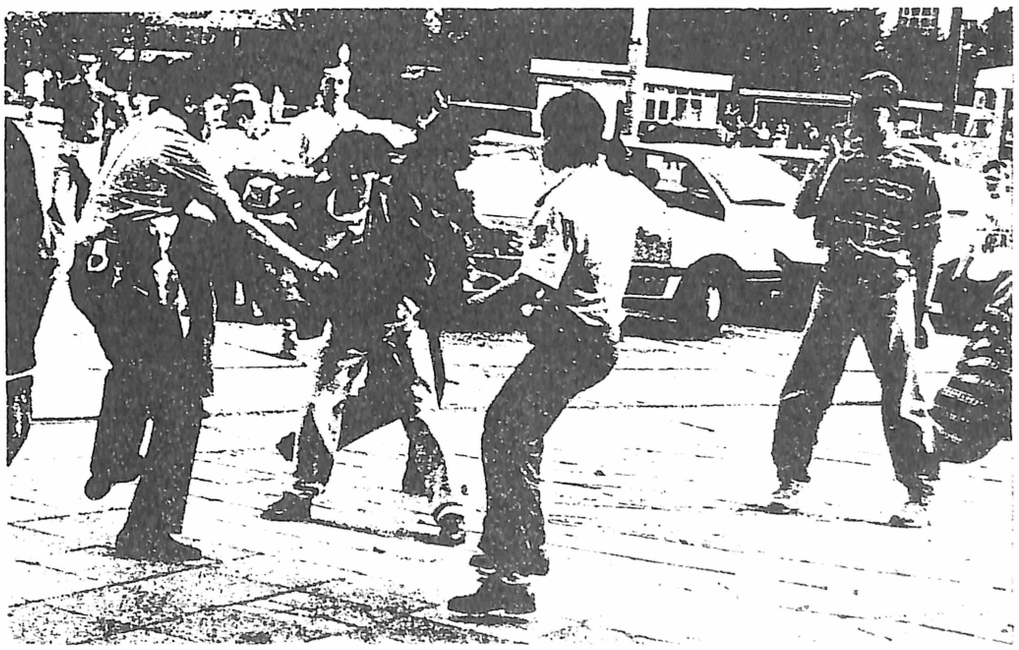
Magdeburg. Ein Jahr nach den rassistischen Krawallen soll es ein "multikulturelles" Fest für mehr Toleranz geben. Die VeranstalterInnen bezeichnen das Fest als gelungen, obwohl es am Rand des Festes zu mehreren Schlägereien kommt. Natürlich haben die Schlägereien nach Angaben der Polizei "keinen politischen Hintergrund".

Es wurden an diesem Tag viele Menschen zum Teil schwer verletzt. Über Verletzte unter den Asylsuchenden und anderen Nichtdeutschen machte die Polizei keine näheren Angaben. Selbst das türkische Generalkonsulat sah sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß Menschen aus der Türkei verletzt wurden, welche die verfolgten Flüchtlinge mit Messern verteidigt hatten. Aus Furcht vor behördlichen Repressalien meldeten sich die Verletzten aber nicht bei den staatlichen Stellen. Von einem arabischen Flüchtling, der mit schweren Schädelwunden im Krankenhaus lag, die ihm 30 Nazis mit Eisenstangen zugefügt hatten, erfuhr die Polizei angeblich erst von Journalisten.
(Junge Welt und TAZ, 14.5.94; Magdeburger Volksstimme, 16.5.94; Stern Nr.21/1994)

Die Polizei leistet ihren Part zur Verfolgung von Menschen anderer Hautfarbe durch systematische Festnahmen

Auch aus dem offiziellen Polizeibericht geht hervor, daß die Festnahmetaktik der Polizei gezielt gegen die Nazi-Opfer gerichtet war. Nach dem Angriff bei der Marietta-Bar hatte die Polizei 7 Personen festgenommen: 4 Nichtdeutsche und 3 Deutsche. Nach der zweiten Terrorwelle gegen die Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten vor dem Kaufhaus Karstadt, waren 23 Personen festgenommen worden, davon 13 Nichtdeutsche. Insgesamt nahm die Polizei 49 Personen fest, davon 14 Asylsuchende aus dem "Cracauer Sammellager", vor allem Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten. Über die restlichen 35 Festgenommenen wurden keine näheren Angaben gemacht. Sicher ist, daß sich darunter weitere Personen ohne deutschen Paß und einige deutsche Nazigegner befanden. Wieviele Nazis festgenommen wurden, blieb unklar.

Von den 49 wurden 46 am gleichen Tag bzw. im Laufe der gleichen Nacht wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Deutscher und ein Malinese, bereits vorher wegen anderer Straftaten per Haftbefehl gesucht, wurden einen Tag später entlassen. Ein Tunesier wurde zur Abschiebung in Haft behalten. Angeblich wurde erst am nächsten Morgen festgestellt, daß der Tunesier mit einer Deutschen verheiratet ist und die Abschiebung aufgehoben worden war. Er wurde ebenfalls erst am nächsten Tag wieder freigelassen.
(Mitteldeutsche Zeitung, 13.5.94; FR und TAZ, 14.5.94; FAZ, 19.5.94; Stern Nr.21/1994)



Ein junger Nazigegner wird von der Polizei festgenommen, als er sich auf der Flucht vor dem Terror der Nazis zur Wehr setzt

Die Polizei diskriminiert und mißhandelt Menschen anderer Hautfarbe

Die Magdeburger Bürgerrechtsgruppe "Nachbarschaftliches Cracau-Prester" veröffentlichte Gesprächsprotokolle aus etlichen Interviews, die sie mit den Opfern des Pogroms führten.

Die Einzelaussagen dokumentieren nochmals die gezielte polizeiliche Festnahme von Nichtdeutschen, die sich gegen Nazis zur Wehr setzen, sowie das offensichtliche Einverständnis zwischen Polizei und Nazis.

Darüberhinaus wird deutlich, welchen Qualen Nichtdeutsche ausgesetzt waren, sobald sie in Polizeihände gerieten, ob auf der Straße oder im Polizeirevier. Die Palette an Diskriminierungen und Mißhandlungen reicht von verbalen Beschimpfungen, teilweise 12stündiger Haft ohne Essen, Trinken und Decken, Verweigerung ärztlicher Hilfe für Verletzte, bis zu erzwungener Entkleidung und brutaler körperlicher Gewalt. Die Protokolle sind in der "Frankfurter Rundschau" v. 9.6.94 dokumentiert, aus der wir die nachfolgenden Auszüge abdrucken. (Siehe auch Taz 10.6.94)

Ich stand dann bis 15.30 Uhr etwa am verabredeten Treffpunkt, das war im Eingang zum McDonalds direkt zum Breiten Weg mit dem Rücken zur Tür. Der Lärm wurde immer mehr. Ich sah Leute schnell weglaufen. Plötzlich bekam ich einen Fußtritt von hinten. Das war ein Deutscher. Ich rannte sofort weg, aber ich hatte große Schmerzen. Ich konnte gar nicht verstehen, was plötzlich los war ... Da waren Nazis, und sie riefen: Ausländer raus! Ich rannte in Richtung Strombrücke, wollte mich schnell ins Asylheim in Sicherheit bringen. Als ich die Straße bei der Ampel in Höhe Johanniskirche überquerte, war da ein Polizeimann. Der hielt mich fest, riß mich am Hemd. Ich fragte: Warum?! Dann hat mich der Polizeimann niedergestoßen. Ich lag am Boden, und er hielt mich nieder. Ich mußte etwa fünf Minuten so liegen, dann kam ein Polizeiauto, ich mußte einsteigen und wurde zu der Polizeistation gebracht, wo auch die Ausländerbehörde ist, das ist am Breiten Weg, rechts, Richtung Hasselbachplatz. Hier wurde ich von ca. 16.00 Uhr bis ca. 18.00 Uhr in eine Zelle gesperrt. Ich mußte mich völlig ausziehen, nur den Slip durfte ich anbehalten ...

Auf Nachfrage: Ja, ich mußte mich völlig entkleiden und zwei Stunden warten, bis ich mich wieder anziehen durfte und mit einem Wagen in ein anderes Polizeigebäude gefahren wurde. Das war nach 18.00 Uhr.

Auf Nachfrage: Es war die Polizeidirektion am Buckauer-Tor, wohin ich nun gebracht wurde. Dort wurde ich in einen Raum gebracht, wo noch andere Asylbewerber eingesperrt waren. In einen zweiten Raum brachten die Polizisten die Nazis.

Wir wurden nun einzeln von der Polizei vernommen. Das erfolgte bei mir in deutscher Sprache. Ich konnte ein wenig deutsch antworten auf die Fragen der Polizisten.

Ich hatte Schmerzen von dem Fußtritt, den ich bekommen hatte vor Stunden. Ich bat um einen Arzt. Die Polizei sagte mir, ein Arzt würde kommen, aber es kam keiner ... Dann bat ich ein zweites Mal um einen Arzt, das war viel später; und ein Beamter sagte: „Geh doch selbst zum Arzt!" So haben sie mich gedemütigt ... Bei der Vernehmung habe ich alles gesagt, was ich gesehen hatte, und auch, daß ich gar nichts getan habe, und daß ich eigentlich nach Hause laufen wollte. Aber sie haben mich dabehalten, wir mußten alle in diesem Raum bleiben, ohne Dekken, die ganze Nacht. Ich habe versucht, auf dem Fußboden zu schlafen. Am nächsten Morgen wurden wir vor 5.00 Uhr entlassen.

★

Wir kamen an die Haltestelle der Straßenbahnen in Richtung Karstadt. Wir setzten uns in die Grünanlage gegenüber der Haltestelle, und einige Augenblicke später kam ein arabischer Asylbewerber zu uns, der uns sagte, daß Rechtsradikale die Ausländer angegriffen hatten, daß die Polizei gekommen war, daß sie jedoch die Ausländer festnahm, vor allem die Afrikaner. Bei den anderen Ausländern schrieb sie die Namen auf, ließ sie jedoch laufen.

Wir hatten sofort große Angst und wollten zurück zu unserem Heim. Wir wollten zu Karstadt, um dort die Straßenbahn Nr. 4 nach Cracau zu nehmen. Von weitem sahen wir eine kleine Gruppe Schwarzer und gingen direkt zu ihnen, um genauere Informationen zu bekommen. Sie standen an der Fahrkartenverkaufsstelle bei Karstadt, gegenüber McDonalds. Von dort sahen wir die Rechtsradikalen im Café Flair sitzen. Zwei junge Schwarze, die wohl von den Vorfällen nichts wußten und gerade aus McDonalds herauskamen, wurden sofort von den Rechtsradikalen angegriffen, und alle Leute, die beim Café Flair saßen, mischten sich in das Gewühl ein.

Plötzlich waren wir auch von Rechtsradikalen umgeben vor den Augen der Polizei. Wir begriffen die wahre Gefahr, als wir sahen, daß die Polizei die Schwarzen verhaftete. Wir sahen auch mit eigenen Augen, wie ein Polizist uns den Mittelfinger (das „Fuckzeichen"/Red.) zeigte und wir merkten vor allem, daß die Polizei, die zwischen uns und den Rechtsradikalen stand, sie durchgehen ließ, so daß sie uns hinter der Polizeilinie angreifen konnten. Wir flohen in Richtung Grünanlagen auf den zentralen Platz, was auch falsch war, denn es sah wohl so aus, als wären an diesem Tag alle Einwohner Magdeburgs Rechtsradikale. Wir wurden an diesem Tag von zwei Gruppe verfolgt, den Rechtsradikalen und der Polizei. Wir wurden von einem Rechtsradikalen mit nacktem Oberkörper und seinen Freunden verfolgt, bis es uns gelang, an der Haltestelle Reuterallee/Otto-von-Guericke-Straße in die Straßenbahn Nr. 4 zu steigen.

Wir haben dann unsere Verfolger daran gehindert, in die Straßenbahn zu steigen, indem wir die Türen mit unseren Füßen blockiert haben. Die Rechtsradikalen waren wütend, und es gelang ihnen sogar, die Scheiben der Straßenbahn, in der wir uns befanden, zu zerschlagen und uns mit Steinen zu bewerfen. Mein Freund wurde durch einen Stein am Kopf getroffen. Ein anderer Afrikaner wurde durch eine Flasche an der Hand ernsthaft verletzt.

★

Am Nachmittag wurde im Asylheim das Gerücht bekannt, daß Nazis in der Stadt Farbige verprügeln. Wir hörten auch, daß ein paar Kollegen von uns von der Polizei verhaftet worden sind. Wir waren sehr aufgeregt. Wir beschlossen, zur Polizei zu gehen, damit unsere Kollegen freigelassen würden. Wann wir aufbrachen, weiß ich nicht mehr genau, es war am frühen Abend. Wir stiegen, 15 bis 20 Leute, in die Straßenbahn Nr. 4 und fuhren bis zur Haltestelle am Breiten Weg. Als wir dort ankamen, sahen wir links, beim großen Parkplatz, viele Polizisten. Es waren sehr viele Polizisten. Von der Haltestelle gingen wir an den Polizisten vorbei in Richtung Polizeistation am Breiten Weg. 5 Polizeibeamte folgten uns.

Wie erreichten unbehelligt die Polizeistation und gingen alle (?) hinein. Dort wurden wir deutsch angesprochen, was wir hier wollten. Wir forderten, daß die Polizei jemand schickt, der englisch dolmetschen kann. Dann kam eine Frau, die englisch sprach. Wir fragten: „Wo sind unsere Kollegen?!" Es war ein großes Durcheinander. Wir wurden aufgefordert, das Gebäude zu verlassen. Zwei Sprecher verhandelten für uns mit der Polizei. Ich ging mit nach draußen. Dann kamen unsere zwei Sprecher. Es gab kein Ergebnis. Die Polizei konnte uns nicht sagen, wo unsere Kollegen sind. Darum beschlossen wir spontan einen Sitzstreik vor dem Polizeigebäude. Als wir da saßen, kamen etliche Polizeibeamte aus dem Gebäude und gingen zu ihren privaten Autos, die davor geparkt waren, und sie fuhren ihre Autos durch das Tor in das Gebäude. Wir schlossen daraus, daß es hier auf eine Konfrontation hinauslaufen würde, die Polizisten wollten vorher ihr Eigentum in Sicherheit bringen, bevor man uns vielleicht gewaltsam wegbringen wollte ... So dachten wir, und wir gingen gegen 21.00 Uhr weg.

★

Zusammenfassung der Berichte der Afrikaner auf der Veranstaltung des Vereins „Nachbarschaftliches Cracau-Prester" am 18. Mai in der Briccius-Gemeinde in Cracau

Diese Berichte wurden übereinstimmend von unterschiedlichen Menschen gegeben. Auch Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien, die das Geschehen vom Rande aus verfolgten (weil sie nicht als Ausländer erkannt wurden), bestätigen diesen Ablauf. Ein Kosovo-Albaner, der aus der Telefonzelle die Ereignisse am Zentralen Platz verfolgte, zog den Schluß: „Die Polizei hat die Nazis ermuntert."

Zeit: ca. 14.30 Uhr

Zu diesem Zeitpunkt waren auf dem Parkgelände (Springbrunnen/Zentraler Platz) viele Personen unterschiedlicher Nationalität versammelt. Zu Beginn herrschte eine ruhige Atmosphäre. Die Polizei war mit mehreren Beamten und Einsatzwagen anwesend. Langsam heizte sich die Atmosphäre auf. Betrunkene Deutsche begannen, die Ausländer zu beleidigen und ausländerfeindliche Parolen zu rufen. Die Polizei schritt nicht ein. („Hätte die Polizei nur einmal laut geschrien, so wären die Deutschen in dieser Situation eingeschüchtert gewesen und hätten sich zurückgezogen", meinte ein Afrikaner). Dann liefen mit Eisenstangen, Stuhlteilen, Flaschen und Baseballschlägern bewaffnete Jugendliche aus nördlicher Richtung auf den Park zu und fingen an, auf die dort Anwesenden — Ausländer und Deutsche — brutal einzuschlagen.

Die bedrohten Menschen flüchteten in alle Richtungen.

Die Afrikaner wurden von den schlagenden Jugendlichen verfolgt.

Es wurden auch Steine geworfen.

Zeit: ca. 15.30 Uhr

Es waren viele Polizisten und Schaulustige in der Umgebung von McDonalds. Die bedrohten Leute aus dem Park haben versucht, die Polizei um Schutz zu bitten. Aber die Polizei zog sich zurück. Ein Polizist hat dabei den Ausländern aus dem Auto heraus den Fuck-Finger gezeigt. Die Nazis überfielen und schlugen die Leute. Durch das Fingerzeichen der Polizei, das sie auch wahrnahmen, waren sie sich sicher, daß sie von seiten der Polizei nichts zu befürchten hatten.

Es fanden auch Überfälle vor McDonalds statt. Ein Afrikaner, der sich gegen fünf Jugendliche wehrte und dabei ein Messer zog, wurde von der Polizei in Handschellen abgeführt. Die Jugendlichen ließ man laufen. Immer, wenn Ausländer versuchten, sich zu verteidigen, wurden sie festgenommen.

Es wurden auch Nazis verhaftet, aber nur die, die Polizisten angriffen. Von den Afrikanern wird darauf verwiesen, daß vor Beginn der Überfälle Polizei in Streifenwagen und auch Polizisten zu Fuß unterwegs waren.

Die Vorkommnisse vor Karstadt, die mit der Flucht von fünf Afrikanern in die Marietta-Bar endeten, wurden wie folgt beschrieben: Gegen 15.30 Uhr unterhielten sich fünf afrikanische Asylbewerber mit einer Gruppe Mädchen, als drei junge Leute auf die Gruppe zukamen. Ein Afrikaner wollte sie begrüßen, als Erwiderung wurden sie aufgefordert, abzuhauen.

Es kamen immer mehr Jugendliche auf die Gruppe der Afrikaner zu, es entstand Gerangel, Schläge fielen, die Afrikaner wurden von mehreren Seiten angegriffen und flüchteten voller Angst in die Marietta-Bar.

Abends

Es kommt an vielen Orten zu Übergriffen. Mehrere Schwarzafrikaner, die sich auf dem Präsidium nach dem Schicksal ihrer verhafteten Leute erkundigt hatten, befinden sich auf dem Breiten Weg, Höhe Post/Kugelblitze, als aus einer Straßenbahn eine Gruppe von jungen Deutschen kam. Sie bewaffneten sich mit Steinen aus dem Fahrbahnbett der Straße und machten Jagd auf die Ausländer. Die Polizei war dabei. Sie schritt erst ein, als Steine auf sie geworfen wurden.

Sonstiges

Mehrere Asylbewerber berichteten auf der Veranstaltung, daß bei Angriffen in der Vergangenheit die Polizei Hinweise und Anzeigen der Asylbewerber nicht ernst genommen hat, bzw. bei Überfällen die Opfer — also die Ausländer — und nicht die Täter mitgenommen wurden. Ein Sudanese berichtete von einem Vorfall in der Disco Space, etwa Februar 1994. Er war von Deutschen zusammengeschlagen worden. Die alarmierte Polizei nahm nicht die Täter mit, sondern ihn, der blutüberströmt war. Zwei Stunden wurde er verhört, dann „setzten sie mich vor die Tür, obwohl ich sehr verletzt war". Erst in der Asylbewerberunterkunft alarmierte ein Zimmergenosse den Krankenwagen. Der brachte ihn ins Krankenhaus, wo er ärztlich behandelt wurde. Zwei Wochen war er in ärztlicher Behandlung. In diesem Fall liegt inzwischen eine Anzeige des betroffenen Asylbewerbers gegen die Polizei vor.

*

- Weitere Meldungen:

Yusuf Barzan aus dem Irak wurde beim Verlassen des "MacDonald"-Restaurants von Nazis mit Baseballschlägern geprügelt. Die Polizei war in der Nähe und nahm ihn fest. Ein Beamter trat ihm in den Unterleib. In der Polizeiwache mußte er sich bis auf die Unterhose ausziehen und wurde vier Stunden in eine Zelle gesperrt.
(Stern Nr.21/1994)

Bereits einige Tage nach dem Pogrom bestätigte Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers, daß eine private Strafanzeige gegen einen Polizisten eingegangen ist, der einen Ausländer festhielt, während Nazis auf ihn einprügelten. Ermittlungen wurden aber nicht eingeleitet.

Erst Wochen später nach Bekanntwerden zahlreicher Übergriffe von Polizisten gegen Nichtdeutsche am Vatertag, sah sich die Staatsanwaltschaft veranlaßt, die längst fälligen Ermittlungen aufzunehmen. Die direkt verantwortlichen Polizeieinsatzleiter Johann Lottmann, Polizeipräsident Antonius Stockmann und Innenminister Walter Remmers schwiegen beharrlich zu diesem Thema.
(SZ, 18.5.94; TAZ, 10.6.94)

Bis Mitte August wurde in diesem Zusammenhang mittlerweile gegen 15 Polizeibeamte ermittelt. Bis Ende August mußten zwei Beamte deshalb vom Dienst suspendiert werden. Im September erhob die Staatsanwaltschaft die erste Anklage gegen einen 30jährigen Beamten wegen Körperverletzung an einem Mann aus Irak.
(FR, 23.7.94; SZ, 18.8.94, 31.8.94 und 14.9.94)

Monate später, nach dem Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt, wird Magdeburgs Polizeipräsident Antonius Stockmann vom SPD-Innenminister der Öffentlichkeit als alleiniger Sündenbock serviert und in den einstweiligen Ruhestand versetzt.
(SZ, 31.8.94)

Demonstrationen gegen den Nazi-Pogrom von Magdeburg

Am 13.5.94 hielten in **Magdeburg** eine Handvoll Punks, einige afrikanische Flüchtlinge, einige Aktivisten von der Bakunin-Aktionsfront und Mitglieder der Antifa-Gruppe "Bandiera Rossa" eine Mahnwache vor der verwüsteten Marietta-Bar.
(TAZ, 16.5.94)

Am Nachmittag des 14.5.94 demonstrierten in **Magdeburg** rund 450 Menschen durch die Stadt. Sie kamen vor allem aus Göttigen, Hamburg und Berlin und waren von einer Magdeburger Antifa-Gruppe mobilisiert worden. Es beteiligten sich kaum Magdeburger Bürger. Zum Abschluß blockierten sie eine Kreuzung. Die Polizei löste Großalarm aus und war massiv präsent. Diesmal hatten sie auch die Videokameras dabei.
(Stern Nr.21/1994; TAZ, 16.5.94).

Am 14.5.94 marschierten über 250 Antifaschisten und Antifaschistinnen in **Berlin** durch die Innenstadt, um gegen die nazistischen Überfälle von Magdeburg zu protestieren. Die Demo führte zum Brandenburger Tor, wo Antifa - Gruppen eine Mahnwache hielten.
(Junge Welt, 16.5.94)

Am Wochenende des 14/15.5.94 versammelte sich in **Magdeburg** die Antifaschistische Aktion an einem Döner-Stand. Einige Dutzend Jugendliche protestierten mit roten Fahnen und Mao-Portraits gegen die Nazis.
(Stuttgarter Narichten, 17.5.94)

Demonstration am Montag, 16. Mai in Magdeburg

Etwa 600 bis 800 hauptsächlich junge Nazigegnerinnen und Nazigegner demonstrierten am Abend des 16.5.94 durch die Innenstadt von **Magdeburg**, darunter viele Menschen aus anderen Ländern. Am Ende der Demo blockierten sie die Hauptverkehrskreuzung in der Innenstadt. Die Demo war von der "Antifaschistischen Gruppe Bandiera Rossa" organisiert.
(Sächsische Zeitung und Magdeburger Volksstimme, 17.5.94)

Am 17.5.94 wurde in **Magdeburg** von einigen Wenigen eine Mahnwache auf dem Zentralen Platz abgehalten, dem Ort, an dem das Pogrom begann. Als die Veranstalter sich vorübergehend entfernten, räumte die Stadtverwaltung sofort die Transparente und Kerzen ab. Aufgrund von Protesten gegen diese Behandlung einer genehmigten Mahnwache, mußte die Stadtverwaltung dann alles wieder aufbauen. Es wurde von einem Mißverständnis gesprochen.
(Magdeburger Volksstimme, 18.5.94)

RASSISTEN ENTGEGENTRETEN !

Am 12.Mai, dem sogenannten "Herrentag", griff ein rassistischer Mob in der Innenstadt AusländerInnen an und verletzte einige der Flüchtlinge schwer. Dieser Überfall war geplant und durch ähnliche Vorfälle in der letzten Zeit fast absehbar. So griffen 5 Tage vorher 10 Hooligans eine kleine Gruppe Punks und Sharps ebenfalls am Zentralen Platz an und schlugen die Jugendlichen zusammen. An diesem Überfall waren teilweise die gleichen Sch läger beteiligt, die auch an den rassistischen Hetzjagden am Donnerstag teilgenommen haben.

Die Polizei griff an diesem Tag nur sehr zögerlich ein und nahm sogar zahlreiche der sich verteidigenden Ausländer fest. Diesen drohen jetzt sogar Verfahren und die Abschiebung, weil sie sich gegen rassistische Deutsche verteidigt haben. Diese Politik trägt dazu bei, daß solche pogromartigen Hetzjagden erst entstehen können und gibt den Nazis und Rassisten die offizielle "Legitimation" für ihre menschenverachtenden Aktionen. Solange AusländerInnen und Flüchtlinge von Politikern als "Schmarotzer" und "Asylbetrüger" bezeichnet und behandelt werden, wird die Kette der rassistischen Angriffe und Aktionen nicht abreißen. Und solange nicht Menschen bei solchen Anlässen couragiert eingreifen und die Rassisten zurückdrängen, werden diese so weitermachen.

Es ist also unbedingt notwendig, sich zu organsieren und vereint gegen Rassisten und Faschisten auf verschiedenen Ebenen vorzugehen. Das können sowohl Demonstrationen, Informationsveranstaltungen und Flugblatt-Aktionen sein, als auch militante Angriffe auf bekannte faschistische Schläger. Diese können sich nämlich all zu oft darauf verlassen, daß die Polizei bei ihnen ein Auge zudrückt und sich Politiker Entschuldigungen ausdenken. Beides wurde wieder am "Vatertag" bestätigt - aus dem rassistischen Mob wurde eine lose Gruppe alkoholisierter "Herrentags-Feiernder" und die Polizei war - wie so oft bei solchen Anlässen - "nicht vorbereitet"...

Um gegen solche Tendenzen angehen zu können, müssen wir einen breiten antifaschistischen Widerstand aufbauen und müssen die Zusammenhänge zwischen System und faschistischen Tendenzen aufzeigen und bekämpfen. Faschismus und Rassismus sind keine "Randerscheinungen" dieser Gesellschaft und können daher nicht ohne grundlegende gesellschaftliche Änderungen ausgemerzt werden.

Unsere Solidarität gilt auch den Ausländern, die sich gegen die rassistischen Attacken gewehrt und dabei auch einige der deutschen Angreifer verletzt haben. Angesichts der zahlreichen Morde und Pogrome gegen Flüchtlinge ist es nur legitim, wenn diese sich zusammenschließen und sich gegen die für sie lebensbedrohende rassistische Meute wehren !

Für das Selbstverteidigungsrecht von ImmigrantInnen !

Weg mit den Verfahren gegen die Flüchtlinge !

Zusammen gehört uns die Zukunft !

BANDIERA ROSSA

Antifaschistische Gruppe

Solidarität mit den Opfern des Nazi-Pogroms

Farid Boukhit - ein Opfer des Nazi-Terrors

Nur als knappe Meldung wurde in den bürgerlichen Medien Anfang Dezember bekanntgegeben, daß der Nazi-Terror von Magdeburg ein Opfer zu beklagen hat. Der 30-jährige *Farid Boukhit* wurde von den Nazis mit Baseballschlägern traktiert und so verletzt, daß er mehrere Tage im Krankenhaus behandelt werden mußte. Er starb am 27. September an den Spätfolgen seiner Verletzungen.

Von offizieller Seite wird ein Zusammenhang des Todes mit den vorher erlittenen Verletzungen ignoriert. Bekannt wurde das Ganze durch den Einsatz des Flüchtlingsrates. Antifaschistische Info-Blätter informierten über den wahren Zusammenhang.

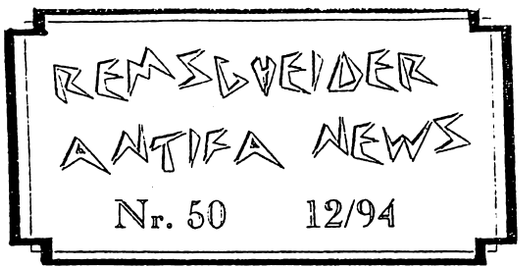
Krawalle

Opfer von Magdeburg an Spätfolgen gestorben?

MAGDEBURG, 2. Dezember (afp). Ein Opfer der Magdeburger Krawalle vom Himmelfahrtstag ist viereinhalb Monate nach der Hatz rechtsextremer Jugendlicher auf Ausländer gestorben. Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers teilte am Freitag in Magdeburg mit, es handele sich um den etwa 30jährigen Algerier Farid Boukhit. Jaspers bestätigte einen Bericht der *Magdeburger Volksstimme*, wonach ein Vertreter des Flüchtlingsrats von Sachsen-Anhalt die Staatsanwaltschaft auf den Vorfall aufmerksam gemacht hatte. Allerdings liege keine Strafanzeige vor, betonte Jaspers entgegen dem Bericht der Zeitung. Laut Totenschein starb Boukhit am 27. September an den Folgen einer Alkoholvergiftung. Der Flüchtlingsrat will prüfen lassen, ob Boukhit möglicherweise an den Spätfolgen seiner Verletzungen vom 12. Mai gestorben ist. Nach Angaben des Oberstaatsanwalts war Boukhit damals vor einer Imbißbude von Männern mit Baseballschlägern verprügelt worden und lag mehrere Tage im Krankenhaus.

Frankfurter Rundschau · Seite 5

Samstag, 3. Dezember 1994, Nr. 281



2.12. **Magdeburg.** Der 30jährige Algerier Farid Boukhit stirbt an den Spätfolgen der rechtsextremistischen Himmelfahrtkrawalle vom 12. Mai. Er war von einer aus einer Straßenbahn stürzenden Horde rechtsextremer Hooligans mit Holzknüppeln angegriffen und schwer am Kopf verletzt worden.

Verharmlosung, Vertuschung und Rechtfertigung des Nazi-Pogroms durch bürgerliche Politiker und staatliche Behörden

Die Tatsache des Pogroms wird vertuscht oder systematisch heruntergespielt

Nach Polizeipräsident Antonius Stockmann begann die Menschenjagd auf Flüchtlinge mit schwarzer Hautfarbe "spontan und ausgelöst durch Alkohol und Sonnenschein".

Der Chef des Ordnungsamtes, Peter Thomaser, sprach von einer "besseren Wirtshausschlägerei" und erklärte sie zu "Randerscheinungen".

Oberbürgermeister Willi Polte analysierte, die Gewalt sei überwiegend von Hooligans ausgegangen, und die seien "Rowdies schlechthin" statt ausgesprochene Rassisten. Er beklagte ein "unglückliches Zusammentreffen verschiedener Faktoren".

Das Justizministerium wiegelt ab mit Sprüchen wie "Am Vatertag haben da einige über den Durst getrunken" oder von einem "organisierten Schlag der Rechten" könne keine Rede sein und "sprach den Krawallen einen gezielten politischen Hintergrund ab.
(Mitteldeutsche Zeitung, 13.5.94; SZ, 14.5.94; Stern Nr.21/1994, taz 14.5.95)

Der Pogrom wird zum "Normalfall":
"... das was passiert ist, ist nicht außergewöhnlich."

Der Polizeipräsident Stockmann wies daraufhin, daß leider inszwischen in jeder deutschen Stadt mit Übergriffen auf Ausländer gerechnet werden müsse. Der Chef des Magdeburger Ordnungsamtes (Peter Thomaser) sagte: "Ich will nicht das schlimme Wort normal verwenden, aber das, was passiert ist, ist nicht außergewöhnlich."
(TAZ, 14.5.94; Stern Nr.21/1994)

Rechtfertigung der Nazi-Angriffe und Hetze gegen die Nazi-Opfer

Frank Frenkel, Mitarbeiter des Magdeburger Innenministeriums, symphatisiert unverhüllt mit dem Vorgehen der Nazis, denn er formuliert ganz kaltschnäuzig: die Nazis "kamen sich veralbert vor", als die Afrikaner 'die Aufforderung', den Zentralen Platz zu räumen, ignorierten.

Im Bundestag hetzte der Abgeordnete Rolf Olderog (CDU): "Es gibt Grenzen dessen, was ein Volk an Belastung ertragen kann. Diese Grenzen sind und waren überschritten."

Ein führender CDU-Politiker erklärte, laut "Süddeutscher Zeitung" (16.5.94) kurz nach Himmelfahrt die Ausländerkriminalität zur Ursache für die Vorfälle in Magdeburg. Diese Propaganda wird zwar von allen bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren permanent betrieben, paßte dem Image der bürgerlichen Demokratie in Deutschland momentan nicht, nun gerade dies in den Vordergrund zu rücken. So ist dann zu verstehen, warum der angeblich "Liberale" Heiner Geissler erklärte: "Es handelt sich hier um amtlicherseits verbreitete statistische Lügen, die Agitationsfutter für die Rechtsradikalen sind." - wobei er unbewußt ein Stück Wahrheit über die bürgerliche Medienpropaganda und staatliche Hetzpolitik ausplauderte.
(Mitteldeutsche Zeitung, 13.5.94; Junge Welt und Die Woche, 19.5.94; Politische Berichte, Nr.10/1994)

Der Naziterror wird mit berechtigten Protestaktionen gegen staatliche Verfolgung und Unterdrückung gleichgesetzt

Bundestagsabgeordnete Horst Eylmann und Monika Brudlewsky (CDU) verglichen die rassistischen Gewalttaten von Magdeburg mit den Protestaktionen der Kurden gegen das Verbot der PKK und ihrer systematischen Verfolgung durch den Staat sowie mit der Bundestagsblockade 1993 gegen die Abschaffung des Asylrechts.
(FR, 19.5.94)

Die bürgerlichen Medien verharmlosen den Nazi-Terrors und verfälschen die wahren Ereignisse

Zwei Beispiele:
Über Rechtfertigung des Naziterrors und Verständnis für die Täter und die Hetze gegen die Opfer

(so jung - war der überhaupt schon zurechnungsfähig?)

(was könnte 'arischer' sein?)

(fleißig, wie die 'richtigen Deutschen' eben sind)

Fußballfan (sind wir doch auch - so richtig einer von uns)

19jähriger Rädelsführer in Haft: Einzelkind, guter Schüler, FCM-Fan

Stefan – „ein vollkommen unauffälliger junger Mann“

Von WOLFGANG PARTZ

Magdeburg (EB). Seine Mutter ist fassungslos. Die Eltern seiner Freundin dürfen nicht erfahren, daß er hinter Gittern sitzt. Die Rede ist von Stefan (19), dem mutmaßlichen Rädelsführer der ausländerfeindlichen Kawalle am Himmelfahrtstag. Rund 150 Jugendliche hatten Ausländer durch die Innenstadt gejagt. Es gab Verletzte, es entstand hoher Sachschaden.

Das Magdeburger Amtsgericht hat am Montag Haftbefehl gegen den blonden jungen Mann erlassen. Wegen Flucht-, Wiederholungs- und Verdunkelungsgefahr.

Stefan wächst als Einzelkind auf. Seine Mutter ist Hausfrau, der Vater ist selbständig.

Nach der Schule beginnt Stefan eine Ausbildung als Mechaniker bei einem Magdeburger Betrieb. Einmal war er krank, sonst hat Stefan nie gefehlt. In der Berufsschule gab's keine Probleme. Mittlerweile ist er im zweiten Lehrjahr. Seit drei Wochen wohnt Stefan in einer Olvenstedter Zwei-Raum-Wohnung – er hat sie von Verwandten geerbt.

Seine Hobbys: Tanzen und der FCM. Da ging Stefan angeblich regelmäßig hin, weil er den Verein einfach gern mag.

„Ein vollkommen unauffälliger, eher normaler Mensch“, beschreibt ihn sein Anwalt, Bernd Laudan. Er glaubt, daß der Haftbefehl auf „sehr wackligen Füßen“ stehe, „dagegen gehe ich an“, sagt der Magdeburger Rechtsanwalt.

Heute will der Jurist beim Amtsgericht Haftprüfung beantragen – verbunden mit der Konsequenz, daß der Haftbefehl aufgehoben wird.

Gestern gegen 16.15 Uhr betreten die Mutter von Stefan sowie seine Freundin die Kanzlei von Rechtsanwalt Laudan.

Die Frau trägt eine pinkfarbene Stoff-Reisetasche in der rechten Hand. Inhalt: Zahnbürste, Rasierzeug, Unterwäsche, Schlafanzug, Hemden und eine Jeans. Für ihren Sohn in der Untersuchungshaft. Denn eine Besucherlaubnis kann die Mutter erst heute, beim zuständigen Staatsanwalt Baumgarten, beantragen.

Die Frau stellt die Tasche im Besprechungszimmer des Anwalts an die Wand. Neben ihr die Freundin von Stefan, ein großes blondes Mädchen. Anschließend wird über die weitere Vorgehensweise der Familie gesprochen. Laudan bittet die beiden Frauen, eine Liste von Stefans Freunden zusammenzustellen, in der Hoffnung, Entlastungszeugen zu finden.

Mittlerweile sind von der Magdeburger Staatsanwaltschaft acht Haftanträge gestellt worden. Ein 20jähriger junger Mann muß in Untersuchungshaft, verfügt gestern mittag die Haftrichterin des Magdeburger Amtsgerichts, Henning Ahlhausen, zur Volksstimme: „Der Mann hat zur Sache nichts gesagt. Er sei arbeitslos, habe jedoch eine eigene Wohnung und wolle bald wieder arbeiten.“

Darüber hinaus wurde gestern ein Beschuldigter von der Polizei vernommen. Gegen ihn wird heute Antrag auf Erlaß eines Haftbefehls angekündigt.

Anwalt Laudan: Haftbefehl auf wackligen Füßen. Foto: G. Müller

Amtsgerichtspräsident Ahlhausen: Acht Haftanträge gestellt.

Einer war am Überfall auf Elbterrassen beteiligt

Der leitende Oberstaatsanwalt Rufolf Jaspers bestätigt der Volksstimme, daß unter den Festgenommen auch ein Jugendlicher ist, der bereits im Elbterrassenprozeß zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe verurteilt worden war. Vor zwei Jahren hatte eine Skinhead-Meute die Gaststätte „Elbterrassen“ überfallen. Dabei war der 23jährige Punker Torsten Lamprecht erschlagen worden.

Magdeburger Volksstimme 18.5.95

mußten es denn wirklich gleich 8 sein?

da sieht man doch - aus dem wird noch was

seine Mutter und seine (blonde!) Freundin stehen zu ihm

Soziologe: „Das kann jederzeit wieder passieren“

(Teka). Was am Himmelfahrtstag die Stadt erschütterte, ist für den Soziologen Dr. Detlev Herter nahezu mustergültiger Beweis für Forschungsergebnisse. Gruppendynamik, das Bedürfnis nach Publikum, Differenzen zwischen öffentlich geäußerter (Haß auf Ausländer) und wahrer Motivation (Frust und Geltungsbedürfnis) und traditionell-männliches Rollenverständnis am Herrentag, hochgeputscht durch Alkohol – Jede dieser lange bekannten Erklärungen für die Entstehung gewalttätiger Auseinandersetzungen dieser Art scheint auf die Randale in der Innenstadt zugeschnitten.

Soziologe Dr. Detlev Herter

Dr. Herter und seine Kollegen vom Institut für Sozialwissenschaftliche Informationen und Studien haben im vergangenen Jahr für die Studie „Jugend und Gewalt“ 1300 Magdeburger Schüler zu ihrem Verhältnis zu und ihren Erfahrungen mit Gewalt befragt. Ein Ergebnis: „Die Situation ist durch die ständige Gewalt unter Jugendlichen gekennzeichnet ..., die kaum mehr wahrgenommen wird, die Grundlage für einen gefährlichen Gewöhnungseffekt ... darstellt, die den verhängnisvollen Boden für eine Permanenz von Selbstjustiz bildet. ... Die Situation ist unberechenbar und kann sehr schnell eskalieren.“

„Die jüngste Eskalation, wurde durch den Herrentag, den offiziellen Anlaß zum Betrinken, begünstigt. So etwas kann aber leider jederzeit und in jeder anderen Großstadt Deutschlands nach genau dem gleichen Schema wiederpassieren“, sagt Herter. Daß am Donnerstag Ausländer zu aggressiven Formen der Selbstverteidigung griffen, wundert Herter nicht: „Ehemalige oder potentielle Opfer werden schnell zu Tätern.“

Herters Rezepte gegen Wiederholungen: „Großangelegte Prävention und bessere Überwachung gefährlicher Gruppen.“

Magdeburger Volksstimme 14.5.95

Bürgerliche Medien verbreiten die chauvinistische Hetze und Lügen des Polizeiberichts als "Sachdarstellung"

Im Polizeibericht werden die Ereignisse verfälscht und Stimmung gegen die sich wehrenden Opfer aus anderen Ländern betrieben

Am 17.5, fünf Tage nach dem Pogrom, veröffentlicht die Magdeburger Polizeidirektion auf Veranlassung von Innenminister Walter Remmers eine 13seitige "vorläufige Sachdarstellung". Normalerweise liegt ein solcher Einsatzbericht innerhalb von 48 Stunden vor. Die Vorläufigkeit des Berichts wird in der Vorbemerkung deutlich betont, um sich für nachträgliche Korrekturen den Rücken frei zu machen. Außergewöhnlich ist, daß ein solcher Bericht überhaupt veröffentlicht wird und dann noch in einem Stadium, als die Ermittlungsarbeiten gerade erst aufgenommen wurden. Wer den Bericht genauer liest, wird schnell feststellen, warum die Polizeibehörden diesen Bericht veröffentlicht haben und warum ihn die Medien größtenteils unkommentiert und ohne Kritik abdrucken oder Auszüge wiedergeben.

- Die polizeiliche Darstellung verfälscht und verzerrt bewußt den tatsächlichen Verlauf. Remmers kommentierte die Widersprüche zu Beobachtungen von Augenzeugen mit dem Satz "Ich bin mit dem jetzigen Bericht auch noch nicht zufrieden." Der Bericht suggeriert, die Polizei hätte immer schnell und entschlossen eingegriffen, allerdings hauptsächlich dann, wenn es gegen die Opfer des Naziterrors ging. Die Nazis werden systematisch aus der Schußlinie genommen. Die sich wehrenden Opfer und ihre Unterstützer sollen als Täter erscheinen

Die Ereignisse am Zentralen Platz und bei der Marietta-Bar werden folgendermaßen verfälscht:

Hooligans betrinken sich und fahren dann mit der Straßenbahn in die Innenstadt. "*Mit dem Schlachtruf "Hooligan - Hooligan" laufen sie sodann in die Grünanlagen des Zentralen Platzes und danach in Richtung Karstadt auf den Breiten Weg.*" Was ihr Ziel auf dem Zentralen Platz war und was dort gelaufen ist, wird nicht erwähnt. Rassistische und nazistische Parolen werden ausgeklammert. Ganz zufällig "*treffen sie auf eine fünfköpfige Gruppe Schwarzafrikaner und pöbeln sie an. Bedrängt durch die Hooligans flüchten die Afrikaner in die nahegelegene Marietta-Bar.*" Die, für die Flüchtlinge, lebensbedrohliche Situation wird heruntergespielt. Die Bewaffnung der Hooligans mit Baseballschlägern etc. wird nicht erwähnt. Das einzige ernsthafte Delikt der Nazis wird darin gesehen, daß sie durch das Zertrümmern der Fensterfront von Marietta-Bar und dem Döner Kebab einen größeren Sachschaden verursachten. Ansonsten stellte die Polizei lediglich "*in dem unübersichtlichen Gesamtgeschehen mehrere kleine Schlägereien zwischen deutschen Jugendlichen und Ausländern fest.*" Ausführlich wird beschrieben, wie "*ohne Zögern versucht wurde, einen gewaltbereit erscheinenden Deutschen in Gewahrsam zu nehmen.*"

Damit war für die Polizei die Situation bereinigt und die Nicht-Deutschen waren es angeblich, die neue Konflikte anzettelten. Denn sie sah, "*wie 5-6 Ausländer aus der Marietta-Bar stürmten und auf Deutsche einschlugen*". Die Polizei stürzte sich auf die sich gegen die Nazis wehrenden Angestellten, um sie festzunehmen. In diesem Zusammenhang wird die Szene, in der ein Mann aus der Türkei von Nazis geprügelt wurde, während ihn ein Polizist festhielt, so entstellt: "*Da der Beamte von zehn Hooligans umringt und attackiert wurde, konnte er den Türken nicht mehr festhalten, woraufhin die jugendlichen Randalierer auf ihn einschlugen. Der Türke konnte jedoch alsbald flüchten.*

"Und wer waren die Opfer in dieser ganzen Szene: "*zwei durch Messerstiche verletzte Deutsche*".

Auch bei dem Vorfall vor Karstadt und MacDonalds in der Ernst-Reuter-Allee wird die Präsenz und die Taten der Nazis ausgeklammert. Angeblich auf Hinweis von Augenzeugen wird die Polizei auf Personen aufmerksam gemacht, "*welche an Gewalttätigkeiten beteiligt gewesen sein sollen. Es handelte sich hierbei um 15 Schwarzafrikaner ... Es gelang dem Beamten aber nur, zwei Afrikaner in Gewahrsam zu nehmen, der Rest flüchtete.*"

Fortsetzung nächste Seite ⇨

Fortsetzung v. Seite 21

Eine Stunde nach der Hetzjagd auf die Flüchtlinge, waren es angeblich wieder die Verfolgten, die provozierten und gewalttätig werden wollten: "*Einige Schwarzafrikaner zogen ihre Hosen herunter und zeigten das nackte Gesäß in die Richtung der deutschen Gruppierung. Dabei gestikulierten und riefen sie "Komm doch herüber"*. Die Polizei stellte fest, daß die verfolgten Flüchtlinge "*mit Stöcken und Steinen bewaffnet waren*". Was die mindestens 60 Nazis androhten, grölten und taten, wird verschwiegen. Stattdessen an dieser Stelle der Hinweis, daß am Cafe "Flair" ein weiteres deutsches Opfer gefunden wurde, das mit einem Messerstich verletzt wurde. Der Terror der Nazis gegen die Gruppe Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten wird dann verharmlosend so beschrieben: "*Inzwischen nahmen die Gewalttätigkeiten zwischen beiden Gruppierungen zu. Es wurden Steine, Stühle und Tische geworfen.*"

Aus: "MORGENGRAUEN - antirassistische Zeitung"

■ Berechtigte Gegenwehr gegen rassistischen Terror wird mit Nazi-Terror gleichgesetzt

Magdeburger Volksstimme 14.5.95

Der Lokalanzeiger hörte sich am Tag nach den Krawallen im Stadtzentrum um:

Wut und Entsetzen über die sinnlose Gewalt und Zerstörung

Überfall und Schlägerei auch in der Straßenbahn

Während wir mit den beiden sprechen, werden wir von anderen Magdeburgern umringt, die ebenfalls ihrer Wut Luft machen wollen. „Die sollten doch erst mal arbeiten lernen, damit sie wissen, was das alles kostet", ruft jemand in die Runde. „Sinnlose Pelzerei", meint ein anderer, „dafür kann niemand Verständnis haben." Selten war bei einer Meinungsumfrage des Lokalanzeigers soviel Einhelligkeit bei den Magdeburgern zu spüren.

Weiteren Augenzeugen zufolge habe es im Laufe des Nachmittages bis in die Abendstunden hinein zahlreiche Schlägereien zwischen Jugendlichen unterschiedlicher politischer Gruppierungen Dabei seien auch Unbeteiligte angegriffen worden.

So stürmten Punks am Uniplatz einen Straßenbahnwagen, in dem sie einen rechten Jugendlichen vermutet hatten. „Mein Freund gehört jedoch keiner Szene an. Er hat lediglich kurze Haare", erzählte der Student Peter M. (Name liegt der Redaktion vor): „Doch weder von den Passagieren noch vom Straßenbahnfahrer kam Hilfe, als die Punks den jungen Mann zusammenschlugen. Der Fahrer hielt es nicht mal für nötig, auf unsere Bitte hin über Funk Beistand anzufordern."

Staatsapparat und Nazis Hand in Hand

Polizei und Staatsanwaltschaft lassen Nazis freie Hand

Der Pogrom war geplant - die Polizei wußte Bescheid und traf keine Vorkehrungen - die Verantwortlichen versuchten zu vertuschen

Schon kurz nach dem Pogrom kursierte in Journalistenkreisen das Gerücht über Hinweise des Verfassungsschutzes vor dem Vatertag. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Christoph Bergner (CDU) leugnete dies zunächst und sagte im ZDF, es habe keine Hinweise darauf gegeben, daß sich Nazis zusammenrotten würden. Am 16.5.94 kam dann die offizielle Bestätigung, daß am Vorabend zum Vatertag das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen an die Magdeburger Polizeibehörde weitergegeben hatte. Danach plante eine Gruppe von 25 Nazis am Vatertag Treffpunkte von Antifaschisten aufzusuchen, um sie zu überfallen.

Das Innenministerium redete sich am 16.5.94 damit heraus, die Hinweise seien nicht konkret genug gewesen, um genau am Ort der Auseinandersetzung zu sein. Aus dem Polizeibericht vom nächsten Tag, 17.5.94, geht jedoch hervor, daß die Informationen konkret von geplanten Nazi-Angriffen am Alten Markt handelten. Also genau dem Ort, der Brennpunkt der Überfälle am 12.5.94 war.

Nun überboten sich die Verantwortlichen in dummdreisten Ausflüchten. Auf das Ignorieren der Warnung vom Verfassungschutz angesprochen, meinte Magdeburgs Polizeipräsident Stockmann, "daß das nach unserer Einschätzung nicht so sein konnte". Sachsen-Anhalts Innenminister Remmers behauptete "Es gab keine Veranlassung dafür, den Vermutungen des Verfassungsschutzes zu glauben." Matthias Schuppe vom Innenministerium kann sowieso "keinen originären Zusammenhang" zwischen Hinweis und Tatverlauf erkennen.

Der Präsident des Verfassungsschutzes von Sachsen-Anhalt Wolfgang Heidelberg mußte jedoch zugeben, daß es sich bei den Tätern um dieselben Leute handelt, die der Hinweis am Vorabend betraf, daß die Aktion geplant war, und daß es sich bei den Tätern im wesentlichen um Magdeburger handelt, die der Polizei gut bekannt sind.

Auch für die Opfer war der Angriff keine völlige Überraschung. Eine 16jährige hatte die Flüchtlinge aus der Asylunterkunft einen Tag zuvor gewarnt, daß Nazis sie am Vatertag am "Zentralen Platz" angreifen wollen. Ein Mitglied der Magdeburger Antifa-Gruppe "Bandiera Rossa" berichtet, sie hätten bereits drei Tage vor dem 12.5.94 die Information gehabt, daß Nazis in der Innenstadt etwas vorhätten. Die Innenstadt ist Treffpunkt nicht nur für Menschen anderer Länder, sondern auch für Punks und denen wurde schon vorher gedroht, daß sie am Vatertag platt gemacht würden.

Abgesehen vom Hinweis des Verfassungsschutzes gab es noch genügend andere Gründe, auf Gewaltaktionen von Nazis gefaßt zu sein. Der Vatertag ist ein beliebtes Datum für Nazi-Übergriffe. Letztes Jahr überfielen Nazis in Magdeburg einen Algerier. Die Brüder Ali und Haydar Bastumer, Pächter der Marietta-Bar, berichten, daß ihr Lokal seit vier Jahren an jedem Vatertag von Nazis angegriffen wird. Es war allgemein bekannt, daß circa 100 Nazis vor dem 12.5.94 am Rande von Magdeburg, am Barleber See, ein Zeltlager errichtet hatten. Trotz all dieser Fakten gab das Lage-und Führungszentrum der Polizei von Magdeburg keinen besonderen Einsatzauftrag.

(FR und Junge Welt, 14.5.94; TAZ, 14.5.94 und 16.5.94; Sächsische Zeitung und Magdeburger Volksstimme, 17.5.94; Mitteldeutsche Zeitung, 17.5.94 und 18.5.94; FAZ, 19.5.94; Stern Nr.21/1994; PB, Nr. 10/1994; u.a.)

Polizei und Staatsanwaltschaft verweigern systematisch jede Maßnahme gegen Nazis - offensichtliche Unterlassungen werden mit Ausreden gerechtfertigt

Am Tag des Pogroms ließ die Polizei die meisten Täter laufen. Die wenigen, welche festgenommen worden waren, wurden nach wenigen Stunden wieder freigelassen. Die Polizei aktivierte während ihres gesamten Einsatzes keinen Video-und Dokumentationstrupp, der ansonsten bei der kleinsten Antifa-Demo unverzüglich tätig wird. Polizeipräsident Stockmann mußte einräumen, daß "in der Hektik vielleicht der eine oder andere falsche Mann" festgenommen worden sei.

Die sofortige Freilassung von festgenommenen Nazi-Angreifern wird verteidigt mit der Ausrede, die Polizei könne keine unzulässige Freiheitsberaubung begehen, wenn kein Haftgrund vorliegt. Laut Polizeirecht des Landes Sachsen-Anhalt hätten sie aber bis zum Ablauf des nächsten Tages festgehalten werden können. Polizeipräsident Stockmann versuchte es am 15.5.94 zunächst mit der Erklärung an die Presse: Die 49 Personen seien lediglich in Verhinderungsgewahrsam genommen worden, um prophylaktisch Schlägereien zu vermeiden. Von den Nazi-Angreifern sei keiner mehr vor Ort gewesen. Die Täter seien sofort in eine Straßenbahn geflüchtet. Eine Zivilstreife habe die Gruppe zwar verfolgt, dann aber aus den Augen verloren. Später rechtfertigt er: "Wir hatten keine schlagkräftigen Beweise" und "Die Video-Truppe hätte wohl aktiviert werden müssen."

Generalstaatsanwalt Jürgen Hoßfeld behauptet, die Freilassung der vorläufig Festgenommenen sei angeblich eine eigenmächtige Entscheidung der Polizei-Einsatzleitung gewesen. "Die Staatsanwaltschaft ist vorher nicht gefragt worden". Innenminister und Justizminister von Sachsen-Anhalt Walter Remmers sah "keinen Grund, die Polizei für das prinzipielle Verfahren zu kritisieren". Einziger Kritikpunkt war für ihn die Freilassung der 49 Verhafteten noch am gleichen Tag ohne Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft. Ansonsten lobte er die Polizei, die "eine Leistung vollbracht hat, die für mich beeindruckend ist". Die Polizei habe immerhin 49 Gewalttäter verhaften können.

Am 13.5.94 gaben Polizei und Staatsanwaltschaft bekannt, daß keine Haftbefehle gegen die Täter beantragt werden, da die Chancen, beim Haftrichter mit dem Antrag durchzukommen, zu gering seien. Laut Stockmann bestehe keine Möglichkeit, gegen die Nazis Anklage zu erheben, denn "Es ist kaum möglich, einzelnen Tätern bestimmte Straftaten zuzuordnen". Die Ermittlungen wären durch den fehlenden Einsatz des Video- und Dokumentationstrupp erschwert. Auch das von der Staatsanwaltschaft am 13.5.94 beschlagnahmte Filmmaterial des Mitteldeutschen Rundfunks vom Tag des Pogroms liefere angeblich nichts Beweiskräftiges. Das Fehlen der Beweissicherung entschuldigte Remmers mit der Ausrede "Wer weiß denn bei einer von -zig Alarmierungen am Tag, was auf ihn zukommt, ein Familienstreit oder ein Desaster ?"
(TAZ, 14.5. u. 16.5.94; FR, 14.5. u. 18.5.94; Mitteldeutsche Zeitung, 17.5. u. 18.5.94; Magdeburger Volksstimme, 16.5.94; Bild, 18.5.94; Stern Nr.21/1994; u.a.)

Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen die Nazis wird konsequent unterlassen

Ali Bastumer kennt einige der Nazis, die bei der Menschenjagd beteiligt waren, denn sie kaufen fast täglich einen Döner bei ihm. Nach dem Überfall hat er Polizisten in das benachbarte Lokal "Flair" geführt und ihnen drei der Schläger gezeigt. Die Afrikaner haben einen Tag später auch einige der Täter wiedererkannt, in der Straßenbahnlinie 4, die von der Siedlung Olvenstedt in die Innenstadt führt. Doch die Polizei interessierte sich dafür nicht. Vier Tage nach dem Vorfall war noch immer kein Beamter im Asylsuchendenlager Cracau gewesen, um Augenzeugen zu vernehmen. Die Polizei bat die Bevölkerung um Hinweise, befragte aber nicht die Betroffenen.
(Stern Nr.21/1994)

"Unzulässige Notwehr"? Es wird gegen einen Nazigegner aus der Türkei ermittelt

Das einzige Ermittlungsverfahren, daß zunächst von der Staatsanwaltschaft eingeleitet wurde, richtete sich gegen einen der türkischen Kellner der Marietta-Bar, um zu prüfen, "ob der Rahmen der Nothilfe nicht womöglich unzulässig überschritten worden" sei, sagte Polizeipräsident Stockmann am 13.5. Generalstaatsanwalt Jürgen Hoßfeld dementierte diese Information später.
(TAZ, 14.5.94 und 16.5.94)

Polizei und Justiz nehmen die Ermittlungen nach den Tätern erst aufgrund massiver öffentlicher Kritik auf

Da die rassistische Menschenjagd in Magdeburg weltweit Empörung auslöste, sah sich der als Bundespräsident abdankende Weizsäcker veranlaßt, Polizei und Staatsanwaltschaft von Magdeburg wegen ihres skandalösen Vorgehens öffentlich zu kritisieren.

Daraufhin wurde am 16.5.94 der 19jährige Stefan W. aus Magdeburg-Olvenstedt als Rädelsführer per Haftbefehl inhaftiert. Ein Zeuge hatte den Nazi identifiziert, gab der Leitende Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers an. Bisher hatte sich auch Jaspers darauf beschränkt, das Fehlen von Beweisen zu beklagen. Der Nazi Stefan W. hatte sich unter den 49 Festgenommenen vom 12.5.94 befunden. Erst Tage nach dem Pogrom werden Polizeibeamte zu ihren Beobachtungen vernommen, weil sie zuvor - so der ermittelnde Staatsanwalt - "nicht greifbar waren". Auch zahlreiche Zeugen und Beschuldigte werden jetzt endlich vernommen sowie das Filmmaterial des MDR ausgewertet, von dem es vorher noch hieß, es gebe nichts her.

Im Zeitraum vom 16.5.94 bis 19.5.94 stellt die Staatsanwaltschaft nach und nach Haftanträge gegen einzelne Nazis, die alle zu Haftbefehlen führen. Bis zum 19.5.94 sind insgesamt sieben Nazis inhaftiert worden. Alle sieben haben "uns nicht unbekannte Namen", sagte Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers. Nach Polizeiaussagen waren viele der Täter "prominente" Magdeburger Nazis:

Innenminister Sachsen-Anhalts Walter Remmers (Zitiert:Taz 19.5.94)

Zwei Tatverdächtige waren bereits vorbestraft. Einer war wegen eines Gewaltdelikts zu anderthalb Jahren Bewährung verurteilt worden. Der andere war im Elbetrassenprozeß 1993 wegen Beteiligung an der Ermordung von Torsten Lamprecht zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe verurteilt worden. Er wird am 18.5.94 wieder auf freien Fuß gesetzt, da laut Haftrichter kein dringender Tatverdacht bestehe. Am 19.5.94 wird ein weiterer Haftbefehl wieder aufgehoben, da der Tatverdächtige laut Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers geständig sei, eine Arbeitsstelle und einen festen Wohnsitz habe.

30 Nazis waren laut Staatsanwaltschaft bis zu diesem Zeitpunkt als Tatverdächtige ermittelt worden.

(TAZ, 16.5, 19.5.94 und 20.5.94; Neue Zeit, 18.5.94; FR, 19.5.94; Sächsische Zeitung und Mitteldeutsche Zeitung, 17.5.94; Magdeburger Volksstimme, 17.5.94 und 18.5.94)

Magdeburg:

Allein 4 Morde von 1991 - 1994 durch Nazis und Polizei

Nazi-Terror mit Unterstützung durch Polizei und Justiz

Brutale Übergriffe von Nazis auf Nichtdeutsche und Antifaschisten sind im Westen und Osten Deutschlands an der Tagesordnung, haben in den letzten Jahren erschreckend zugenommen. Nazis werden von staatlichen Behörden kaum verfolgt, die Nazi-Opfer nicht geschützt, im Gegenteil, die Angriffe der Polizei richten sich auf die von den Nazis Verfolgten.

Die Taktik der Staatsanwaltschaft: Verschleppung des Verfahrens bei rassistischen und nazistischen Terrorakten

Schon 1991 verübte eine Magdeburger Gruppe von Nazis eine Serie schwerster Überfälle auf Menschen ohne deutschen Paß, - bis heute mußten sie sich dafür noch nicht verantworten, obwohl die Beschuldigten ihre Taten weitgehend gestanden hatten: Am 4.8.91 überfielen sie zusammen mit 30-40 Nazis 3 Punks in einem Auto. Einer der drei Punks war bereits "klinisch tot", als er ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Am 25.8.91 griffen sie zusammen mit anderen Nazis eine Discoveranstaltung von Punks an und verletzten mit Baseballschlägern und Zaunlatten mehrere Discobesucher. Am 1.9.91 überfielen sie zusammen mit 15-20 Nazis 4 Menschen aus der Türkei und beschossen sie mit Leuchtpatronen. Ein Opfer lag 9 Tage im Koma. (dies nur die schlimmsten Überfälle).

Obwohl die Tätergruppe seit September 1991 den Ermittlern bekannt ist, blieben sie bisher unbestraft. Der Staatsanwalt setzte den Haftbefehl außer Vollzug. Erst im Oktober 1993 wurde Anklage erhoben, bis heute kein Gerichtsverfahren eingeleitet.
(Bild und TAZ, 18.5.94)

Der Nazi-Mord an Torsten Lamprecht in Magdeburg, die Polizei schaut zu

Am 9.Mai 1992 überfielen rund 60 Nazis in der Gartenwirtschaft "Elbeterrassen" von Magdeburg eine Gruppe von Jugendlichen aus der linken Szene, die dort eine Geburtstagsfeier veranstalteten. Die Nazis prügelten mit Baseballschlägern auf die Jugendlichen ein und demolierten das Lokal. Sieben der Angegriffenen wurden dabei schwer verletzt. Der 23jährige Torsten Lamprecht starb drei Tage später an seinen lebensgefährlichen Verletzungen. Die Polizei stand vor dem Lokal, ohne einzugreifen. Weder verfolgte sie die Täter, noch notierte sie die Kennzeichen der Autos, in denen die Nazis zu ihrer Stammkneipe abrückten. Rettungssanitäter wurden von Polizisten zunächst davon abgehalten, den Verletzten zur Hilfe zu kommen. Erst 45 Minuten später traf die Verstärkung der Polizei ein und betrat den Tatort - die Täter waren längst abgezogen.

Verantwortlicher Polizeichef von Magdeburg war damals vor zwei Jahren Johann Lottmann, und in dieser Funktion hat er auch diesmal, am 12.Mai 1994, wieder einen Polizeieinsatz mitzuverantworten, der Nazis schützt und den Tod von Naziopfern oder Nazigegnern riskiert. Magdeburgs Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers sorgte dafür, daß trotz vieler Anzeigen gegen die Polizei, keiner der Beamten zur Rechenschaft gezogen wurde. Im September 1994, 28 Monate nach dem Nazimord, wurden die Ermittlungen gegen die Polizeibeamten wegen fahrlässiger Tötung von der Staasanwaltschaft eingestellt.

Fünf der Nazitäter sind zunächst zu 10-20 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden. Im Oktober 1993 wurden die Freiheitsstrafen jedoch in zweiter Instanz vom Magdeburger Landgericht bereits zur Bewährung ausgesetzt. Zeitgleich hob der Bundesgerichtshof die ein Jahr zuvor verhängte sechsjährige Freiheitsstrafe gegen den Hauptangeklagten wieder auf. Somit saßen 1993 von den ursprünglich 18 Angeklagten dank der Justiz nur noch zwei in Haft.
(Stern Nr.10+22/1994; FR, 16.9.94 und 23.10.93; TAZ, 18.5.94; Junge Welt 21.11.92; Mitteldeutsche Zeitung, 20.5.92)

Mord an Asylsuchendem durch die Polizei - "auf der Flucht erschossen"

Ein Asylsuchender aus Rumänien wurde in der Nacht zum 22.1.93 in Staßfurt bei Magdeburg in eine Polizeiwache gebracht, angeblich zur Feststellung seiner Identität. Kurze Zeit später tötete ihn ein Beamter durch einen gezielten Schuß in den Rücken im geschlossenen Innenhof der Polizeiwache. Die Polizei-Version: Der Mann habe flüchten wollen. Die Tat wurde fast drei Wochen lang von der Magdeburger Polizei und Justiz vor der Öffentlichkeit verschwiegen.
(Mitteldeutsche Zeitung und Volksstimme, 12.2.93)

Nazimord bei Überfall auf Disco

Etwa 50 Nazis überfielen am 24.4.93 gegen Mitternacht die Disco "Sonnenschein" in Obhausen. Der 23jährige Matthias L. wurde totgeschlagen und zwei weitere Disco-Besucher schwer verletzt. Die Polizei hatte schon zwei Tage vorher Hinweise auf diesen geplanten Übergriff erhalten. Etliche Polizeiwagen fuhren in unmittelbarer Nähe Streife - ohne einzugreifen - die Nazis konnten ungehindert ihren brutalen Überfall durchführen.
(Mitteldeutsche Zeitung, 26.4.93 und 27.4.93)

Magdeburger Polizeibeamter leitet Nazi-Überfall auf ein Lokal

Am 14.2.93 überfielen 100 Nazis mit Baseballschlägern und Eisenstangen bewaffnet ein Tanzlokal in Calbe. Zwei Personen wurden schwer verletzt. Ein Polizist des Magdeburger SEK wurde als Anführer der Nazitruppe identifiziert. Zwei Polizeistreifen hatten den Überfall tatenlos beobachtet.
(Volksstimme, 20.2.93; Mitteldeutsche Zeitung, 22.2.93)

Afrikanische Flüchtlinge rennen in Magdeburg nicht zum ersten Mal um ihr Leben

Erst drei Wochen vor Himmelfahrt im Mai 1994 gingen vier Nazis im Norden Magdeburgs mit Eisenstangen und Messern auf zwei Flüchtlinge aus Togo los und verfolgten sie durch die Straßen. Die beiden konnten sich in eine Polizeiwache retten. Dort lehnten jedoch die Beamten ihre Bitte ab, sie ins Asylbewerberheim zurückzubegleiten, obwohl sie Todesängste hatten.
(Stern Nr.21/1994; Allgemeine Jüdische Wochenzeitung Mai 94)

Staatsanwaltschaft und Gericht vertuschen die rassistischen Taten der Polizei

In den Fängen der Polizei - ob auf der Straße, im Polizeiwagen oder auf der Polizeistation - sind Flüchtlinge, Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern, Sinti und Roma Zielscheibe des Polizeiterrors. Sie werden diskrimniert, verhöhnt, wie selbstverständlich als Tatverdächtige, als Kriminelle festgehalten, durchsucht, verhört, dabei geprügelt, zusammengeschlagen und mißhandelt bis hin zu Methoden der Folter. Dies ist ein Teil des alltäglichen Rassismus, der vom Staatsapparat und seinen Organen auch immer offener praktiziert wird. Bekannt ist dies schon lange. In Hamburg und Berlin z.B. mußten Polizisten in den letzten Jahren wenigstens zeitweise vom Dienst suspendiert werden, wenn es auch in kaum einem Fall wenigstens zu einer Verurteilung kam. Dokumentiert ist ein Bruchteil dieses alltäglichen rassistischen Terrors - beweiskräftig in einem ausführlichen Bericht von amnesty international von Mai diesen Jahres.

In Magdeburg - dies haben wir in dieser Broschüre gezeigt und dokumentiert (siehe Abschnitt: "Die Polizei diskriminiert und mißhandelt Menschen anderer Hauptfarbe") - hat die Polizei den Pogrom ermöglicht und ist selbst gegen Flüchtlinge, gegen Menschen schwarzer Hautfarbe vorgegangen und hat diese auf den Polizeistationen schikaniert und mißhandelt.

Die Staatsanwaltschaft sah sich aufgrund des öffentlichen Protestes gegen den Polizeiterror und der Unterstützung der Nazis gezwungen, letztlich gegen 15 Beamte Ermittlungen einzuleiten, schaffte es aber, daß nur ein Verfahren zur Anklage kam und 14 Ermittlungsverfahren schon vorher eingestellt wurden. Die Zeugenaussagen, die die Mageburger Bürgerrechtsgruppe "Nachbarschaftliches Cracau-Prester" u.a. in der FR und der taz (9. u. 10.6.94) veröffentlichte zählen für die deutsche Justiz - da es ja nicht einmal deutsche Staatsbürger sind - nun mal nur ein Bruchteil dessen, was demgegenüber von deutschen Beamten erklärt und ge(mein)eidet wird.

Am 29. Juni 1995 wurde der einzige angeklagte Polizist vom Gericht "mangels Beweisen" (!) freigesprochen - die Aussagen des Opfers, einem kurdischen Flüchtling aus dem Irak und anderer Flüchtlinge, haben offenbar nicht das nötige Gewicht vor einem bürgerlichen Gericht in Deutschland - von daher heißt es im Urteil lapidar: "die Schuld des Beamten stehe nicht zweifelsfrei fest".

Frankfurter Rundschau
28.6.94 u. 1.7.94

Ausländerhaß

Magdeburger Polizist wegen Brutalität angeklagt

MAGDEBURG, : Juni (rtr/dpa). Mehr als ein Jahr nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen vom Himmelfahrtstag hat am Dienstag in Magdeburg ein Prozeß gegen einen Polizisten begonnen, der damals ebenfalls Ausländer mißhandelt haben soll. Die Staatsanwaltschaft wirft dem 33jährigen Beamten vor, am Rande der Krawalle einen kurdischen Asylbewerber aus Irak mehrfach geschlagen und in die Genitalien getreten zu haben. Der Polizist bestreitet die Vorwürfe, der Iraker erkannte ihn aber als seinen Peiniger. Das Urteil soll am Freitag verkündet werden.

Nach den Ausschreitungen hatten zahlreiche Augenzeugen Vorwürfe gegen die Polizei erhoben. Mehrere Beamte hätten es nicht nur unterlassen, die Ausländer vor ihren rechtsradikalen Verfolgern zu schützen, sondern auch selbst aktiv an der Mißhandlung von Ausländern teilgenommen. Die Staatsanwaltschaft leitete daraufhin insgesamt 5 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte ein, 14 wurden aber eingestellt.

Magdeburger Krawalle

Polizist aus Mangel an Beweisen freigesprochen

MAGDEBURG, 30. Juni (ap). Gut ein Jahr nach den ausländerfeindlichen Krawallen am Himmelfahrtstag in Magdeburg ist ein Polizist wegen mangelnder Beweise vom Vorwurf der Mißhandlung freigesprochen worden. Das Amtsgericht Magdeburg begründete sein Urteil am Freitag damit, daß die Schuld des Beamten nicht zweifelsfrei festehe.

Dem 33jährigen war vorgeworfen worden, einen Iraker nach der Festnahme sowie anschließend in der Zelle grundlos geschlagen und in die Genitalien getreten zu haben. Der Angeklagte, seit einem Jahr wegen der Vorwürfe vom Dienst suspendiert, hatte die Tat bestritten. Das Gericht habe nach dem Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten" entschieden, hieß es in der Urteilsbegrundung.

Die Justiz schont die Täter des Pogroms

Nur wenige Nazis werden vor Gericht angeklagt, viele bleiben auf freien Fuß oder erhalten nur geringe Haftstrafen

Bis Mitte August 1994 sind insgesamt 70 Nazi-Täter ermittelt, von denen nur 17 angeklagt wurden. 53 namentlich bekannte Rassisten und Nazis hatten nicht einmal ein Gerichtsverfahren zu befürchten.
(SZ, 18.8.94)

Angesichts dessen, daß es sich um ein Pogrom handelte, - daß Gericht selbst von "kriegsähnlichen Zuständen" spricht, daß solche rassistischen und nazistischen Schlägertrupps oft genug bewiesen haben, daß sie über Leichen gehen, am 27. September, Farid Boukhit an den Spätfolgen des Nazi-Terrors starb - läßt sich als erstes einmal festhalten: das Gros der bekannten Täter kommt völllig ungestraft davon. Die zurückhaltenden Anklagen der Staatsanwaltschaft - auf Landfriedensbruch, Körperverletzung lauten die Anklagen, aber kein einziges Mal auf versuchten Totschlag oder auf versuchten Mord - führen schließlich zu milden Urteilen der Richter und zeigen, wie die angeklagten Nazis geschont werden, nicht wirklich zur Verantwortung gezogen werden.

Im ersten Prozeß gegen die Magdeburger Nazis am 22.7.94 hat das Amtsgericht Magdeburg drei Jugendstrafen verhängt. Der 20jährige Steve A. erhielt dreieinhalb Jahre, der 19jährige Stefan W. drei Jahre und der 20jährige Marco D. zwei Jahre Haft ohne Bewährung. Das Gericht hat - wenn auch "unter schweren Bedenken auf Jugendstrafe erkannt" und somit den Weg für eine Urteilsbegrenzung gebahnt, denn nach eigenen Aussagen wäre "auch eine Verurteilung als Erwachsene in Betracht gekommen".
(Stuttgarter Zeitung 23.7.94)

Geradezu grotesk wirkt die Aussage der Richterin, die Haftstrafen könnten bei guter Führung in Bewährungsstrafen umgewandelt werden, angesichts der Tatsache, daß Marco D. und Stefan W., die zwischenzeitlich wieder auf freien Fuß gesetzt worden waren, ihre Freiheit gleich dazu nutzten, am Wochenende des 16/17. Juli 94 auf einem Zeltplatz einen Mann mit Schlägen und Tritten schwer zu verletzen, so daß die außer Vollzug gesetzten Haftbefehle kurz vor Prozeßende wieder vollstreckt werden mußten. (FR, 23.7.94; ND, 19.7.94)

Und viel mehr verrät diese Aussage der Richterin die dahinter erkennbare Grundhaltung: in diesem 1. Prozeß, so frisch nach dem Pogrom besteht noch eine große Aufmerksamkeit der demokratischen Öffentlichkeit im In- und im Ausland, wenn "die öffentliche Aufregung" und Aufmerksamkeit aus diesen Kreisen erstmal verklungen ist, dann werden wir großzügig mit dem Urteilsspruch verfahren ..., aber jetzt mußten wir für unsere Verhältnisse erstmal eine relativ strenge Strafe aussprechen, auch für das "deutsche Image" im Ausland.

Am 30.8.94, im zweiten Prozeß zum "Herrentag" in Magdeburg, verurteilte das Landgericht Magdeburg drei weitere Nazis. Das Gericht verhängte gegen den 21jährigen Heiko Kahle drei Jahre, gegen den 23jährigen Steffen Schütte zweieinhalb Jahre und gegen den 23jährigen Carlo Felgenträger zwei Jahre und drei Monate Haft. In der Urteilsbegründung wurden die Täter entpolitisiert "Die Angeklagten sind weder rechtsradikale Skinheads noch Neonazis" und ihr Tatmotiv darauf reduziert, sie hätten sich nur revanchieren wollen wegen eines von der Polizei verhinderten Angriffs auf Nichtdeutsche bei einem Fußballspiel zwei Wochen zuvor, bei dem Nichtdeutsche sie angeblich provoziert hätten. (SZ, 31.8.94)

Am 14.12.94 sprach das Amtsgericht weitere Urteile: einen Freispruch, eine Bewährungsstrafe von 14 Monaten und Christian B., der als einziger dieser drei Angeklagten als Haupttäter eingestuft wurde, kam für die Menschenjagd und rassistischen Terror mit einer zweijährigen Haftstrafe davon. (FR 15.12.94)

Im Juni 95 kam es, wie sich das in den ersten Prozessen schon ankündigte, erst gar nicht mehr zu Haftstrafen, die Täter bleiben auf freien Fuß: 3 Angeklagte erhielten lediglich Bewährungsstrafen von 12 bis 15 Monaten und einer wurde gar nur zu einer Geldstrafe von 900 DM verurteilt. (FR 17.6.95)

Zur Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Nazis

Über die VS-Mitarbeit von Nazis wie Althans und dem Kampfsportschulleiter B. Schmitt in Solingen u.a.

Jüngst wurde öffentlich, daß der bekannte Nazi Althans (siehe auch Artikel zum Film "Beruf Neonazi" in der "Dokumentation zu den Brandanschlägen auf die Synagoge in Lübeck", hrsg. vom Buchladen Dimitroff) für den Verfassungsschutz arbeitet.

Ein weiteres Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Nazis aus der jüngeren Vergangenheit ist die Enttarnung des Nazis und VS-Mitarbeiters Bernd Schmitt, der drei der vier Solinger Nazimörder ausgebildet hat. In seiner "Kampfsportschule", die als eine der bedeutendsten Nazikaderschmieden in Ost und Westdeutschland galt, verkehrten z.B. prominente Nazis wie Otto Ernst Remer Generalmajor der Wehrmacht, Mitglieder der Naziband Störkraft und der Führer der verbotenen Nationalen Front Schönborn.

Natürlich hat der Verfassungsschutz versucht, seine Drahtzieherfunktion in diesem "Fall" zu vertuschen. Erst 6 Monate nach den Nazimorden wurde das - inzwischen schon gesäuberte - noch 55000 Blatt umfassende Archiv beschlagnahmt. Aber auch aus diesem Material ist ersichtlich, in welche Richtung die Ausbildung des Verfassungsschutzmitarbeiters lief: Gefunden wurden Lageskizzen von Wohnungen von Menschen aus anderen Ländern und Bauanleitungen für Brandsätze.

Aus diesem Anlaß nun also ein paar Gedanken und Bemerkungen zu Zielen des deutschen Imperialismus beim Aufbau und der Förderung von Nazi-Organisationen durch den VS. Grob gesagt lassen sich dabei drei Ziele unterscheiden:

* Zur Durchsetzung seiner chauvinistischen und rassistischen Linie reicht dem deutschen Imperialismus der staatliche Terror teilweise nicht aus, er fährt zweigleisig, fördert und benutzt immer häufiger den Nazi-Terror als Reserve.

* Lenkung und Kontrolle der Nazi-Szene und deren Aktivitäten. Wichtig ist dem Verfassungsschutz, die Naziszene zu kontrollieren und bei Bedarf gezielt einzusetzen. Doch das gelingt nicht immer und in jedem Fall, gelegentlich machen Nazis Angriffe oder Anschläge, die dem deutschen Imperialismus nicht ins Konzept passen.

* Ablenken vom Hauptfeind, dem deutschen Imperialismus. Eine ganze Reihe fortschrittlicher Gruppen beschränken sich nach der Bedrohung durch die Nazis allein auf Anti-Nazi-Arbeit und Aktionen, und "vergessen" den Kampf gegen die Braune Pest die vom Staat ausgeht.

Warum klappt die Zusammenarbeit zwischen Nazis und VS im großen und ganzen so gut und reibungslos? Wesentliche Gründe dafür sind:

* Historische Traditionen: Die "Sicherheitsexperten" des Nazifaschismus, Gestapo-Schergen usw. bauten den VS - wie auch andere staatliche Behörden - auf. Das zentrale ideologische Bindeglied von VS und Nazis ist der Antikommunismus.

* Die Opfer des Staatsterrors sind nicht nur zufällig auch Opfer des Naziterrors. Dahinter steht das gemeinsame "Feindbild" von VS und Nazis, die dem VS die Möglichkeit bietet, "unliebsame Personen" gezielt angreifen zu lassen, ohne sich die Hände schmutzig zu machen. . In der Zeitschrift Cilip (Nr.17, S.61) wird über

einen Angriff auf ein Antifa-Jugendtreff folgendes geschildert:

"Sie fragten uns: Was habt ihr vor? Wir haben geantwortet: wir gehen gucken, was unsere roten Freunde machen. Da haben die Polizisten gesagt: Ihr habt genau zwei Stunden Zeit. Wir unternehmen nichts."

(aus einem Gespräch zwischen Polizisten und Nazis, u. a. Kühnen)

Nach einem Überfall auf Antifaschisten trafen sich die Nazis wieder mit den Polizisten im "Wienerwald" zu einer gemeinsamen Feier.

* Nazis und Naziorganisationen profitieren auch von der "Arbeit" für den Verfassungsschutz, denn er bietet Schutz (z.B. bei Veranstaltungen) und finanzielle Zuwendungen für den Aufbau der Organisationen.

* Personelle Verflechtung. Unter den "Sicherheitsexperten" die im Staatsapparat arbeiten, sind eine nicht unbeträchtliche Anzahl Mitglieder in Naziorganisationen oder sympathisieren mit ihnen. Bei den REP's z.B. sind fast die Hälfte der Mitglieder, in bewaffneten Verbänden des deutschen Imperialismus (Bundeswehr, BGS, Polizei) beschäftigt. (siehe Flugblatt von *Gegen die Strömung* 12/92) Schon allein daran zeigt sich, wie die Nazifaschisten in Positionen des Staatsapparates herangezüchtet werden. Mitte der 80er Jahre war die NPD vom Verfassungsschutz in West-Berlin so durchsetzt, daß sie per Abstimmungsbeschluß den Landesverband hätten auflösen können.

Bei der personellen Verflechtung gibt es viele Schnittstellen und Überschneidungen, diese Doppelagenten nützen dem Verfassungsschutz und den Nazis.

* Nazis haben oft keine Probleme, mit dem Verfassungsschutz zusammenzuarbeiten. Vor ca. 15 Jahren schon sagte der "Naziaussteiger" W. Pohl:

"Der Versuch mit rechten Gruppen zu kooperieren, deckte einen Abgrund von Unterwanderung auf. Diese rechten Gruppen waren durchsetzt vom Verfassungsschutz. Das bis in die Spitzen..."

("Bürgerrechte & Polizei" Cilip 17 Nr.1984)

Trotzdem werden gelegentlich VS-Mitarbeiter in der Naziszene enttarnt. Wieso? Ein Grund dafür kann sein, daß der Verfassungsschutzmitarbeiter den Nazis mehr schadet als er nützt. Eine zweite Möglichkeit ist es, dadurch den politischen Widersacher bei Fraktionskämpfen zu diffamieren und isolieren. Außerdem wird versucht, durch die Enttarnung weniger Verfassungsschutzmitarbeiter in der Naziszene, die gute Zusammenarbeit zu verschleiern.

★

Neonazis

Althans soll V-Mann gewesen sein

HAMBURG, 9. Juli (ap). Der Münchner Neonazi Bela Ewald Althans soll als V-Mann für den bayerischen Verfassungsschutz gearbeitet haben. Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Spiegel* lieferte der 29jährige ausführliche Informationen über die deutsche Neonazi-Szene und ihre internationalen Verflechtungen. Althans steht derzeit in Berlin wegen Volksverhetzung und Verbreitung von NS-Propaganda vor Gericht. Dem Magazin zufolge galt Althans wegen seiner guten Verbindungen und seiner Mitteilsamkeit als Spitzenquelle. Der Verfassungsschutz habe die Zusammenarbeit jedoch 1994 wegen „mangelnder Nachrichtenehrlichkeit" des Rechtsextremen beendet.

Frankfurter Rundschau 10.7.95

Dokumentation

Zu den Nazi-Brandanschlägen auf die Synagoge in Lübeck

Aus dem Inhalt:

- **Zu den Brandanschlägen im März 1994 und im Mai 1995**
  Demonstrationen und Proteste gegen die Nazi-Anschläge
- **Lübeck ist kein antisemitischer Einzelfall**
  Alltäglicher Antisemitismus in Deutschland
- **Wie der Antisemitismus immer mehr salonfähig wird**
  Über die Urteile des Bundesgerichtshofs und des Mannheimer Landgerichts zur "Auschwitz-Lüge" und zum NPD-Vorsitzenden Deckert

Zusammengestellt vom:
Buchladen Georgi Dimitroff

2,50 DM

INHALTSVERZEICHNIS

* Vorwort 3

Rassistische Hetzjagd auf Menschen anderer Hautfarbe und das Zusammenspiel von Nazis und Polizei 4

- Asylsuchende werden von Nazis verfolgt - viele deutsche Passanten zeigen ihre offene Sympathie dafür
- Der Nazi-Terror stößt auf Widerstand
- Die Polizei diskriminiert und mißhandelt Menschen anderer Hautfarbe
- Zeugenaussagen der Bürgerrechtsgruppe "Nachbarschaftliches Cracau-Prester"

Demonstrationen gegen das Nazi-Pogrom 10

- Über die Demonstrationen und Protestaktionen
- "Rassisten entgegentreten" - Ein Flugblatt aus Magdeburg gegen den Nazi-Terror

*** Solidarität mit den Opfern des Nazipogroms**
Farid Boukhit - ein Opfer des Nazi-Terrors

Die bürgerlichen Medien verharmlosen den Nazi-Terror und verfälschen die wahren Ereignisse 14

- Zwei Beispiele: Verständnis für die Täter und Hetze gegen die Opfer
- Die Medien verbreiten die chauvinistische Hetze und Lügen im Polizeibericht als "Sachdarstellung"
- Berechtigte Gegenwehr gegen rassistischen Terror wird mit Naziterror gleichgesetzt

Staatsapparat und Nazis Hand in Hand 17

- Polizei und Staatsanwaltschaft lassen Nazis freie Hand und sabotieren Ermittlungen
- Seit 1991 vier Morde von Nazis und Polizei
- Staatsanwaltschaft und Gericht vertuschen die rassistischen Taten der Polizei
- Die Justiz schont die Täter des Pogroms
- Verfassungsschutz und Nazis
  Über die VS-Mitarbeit von Nazis wie Althans und dem Kampfsportschulleiter B. Schmitt in Solingen u.a.

Drucker, Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Opfer der mörderischen Abschiebepolitik!

"Die meisten Opfer
bleiben ohne Namen.
Einige wurden bekannt.
Wir trauern stellvertretend
für alle Opfer um:

Pfarrer Kwaku, *Ghana, Selbsttötung am 4.1.93 in der Abschiebehaft München*

Massivi Daniel Lopez, *Angola, Selbsttötung am 15.10.93 in der Abschiebehaft Trier*

Emanuel Thomas Tout, *Sudan, Selbsttötung am 25.12.93 in der Abschiebehaft Herne*

Emmanuel Ehi, *Nigeria, Selbsttötung am 10.12.93 in der Abschiebehaft Regensburg*

Son-Ha Hoang, *Vietnam, er starb am 27.1.94 in München an den Folgen einer Selbstverbrennung aus Angst vor der Abschiebung*

Kola Bankole, *Nigeria, er starb an den Folgen einer "Beruhigungsspritze" und/oder der Knebelung am 30.8.94 während der Abschiebung vom Frankfurter Flughafen."*

(Aus dem Aufruf zum "zivilen Ungehorsam gegen Abschiebehaft" vom 10. Dezember 1994 in Worms; Abgedruckt in: *Corriere d'Italia, 24/31 Dicembre 1994*, S.10)

★ **Kampf dem staatlichen Abschiebeterror!** ★

Wir berichteten über die Aktion in Worms in unserem Flugblatt 12/94. Wir bitten um weitere Angaben, um eine möglichst vollständige Liste der Opfer des staatlichen Abschiebeterrors als Plakat verbreiten zu können.

Als A 2-Plakat zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main. Preis pro Stück: 1 DM